

## Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Die israelische Armee zerstörte ein palästinensisches Haus in der Altstadt von Jerusalem unter dem Vorwand, das Haus sei ohne Baugenehmigung erbaut worden. Das zweistöckige Haus in der Al-Buraq Straße gehört der Familie von Isma'il Al-Masri.  
Foto: Anne Paq/Activestills.

Es gibt ca. 20 000 Abrissverfügungen gegen palästinensische Wohnhäuser in Jerusalem. Die Familien leben dadurch unter ständiger Anspannung. Erst bekommen sie keine Baugenehmigung mit der Begründung, es gäbe keinen Stadtentwicklungsplan, also sind alle Bauten der Palästinenser illegal, dann bauen sie dennoch, um ihren Status als Einwohner von Jerusalem nicht zu verlieren. Dann droht der Abriss des Hauses. Die Kosten dafür müssen sie selber tragen.



**Inhalt**

Hintergrund: Gaza	Seite 1
Nachrichten aus Palästina	Seite 2
Deutsche und EU-Nahostpolitik	Seite 2
Kommentare	Seite 3
Veranstaltungen	Seite 3
Titelgeschichte: Jerusalem	Seite 4
Weltweite Solidarität	Seite 6
Dokumentationen	Seite 6
Bücher	Seite 7
Kunst	Seite 8
Projekt	Seite 8
Impressum	Seite 8

# Gaza: kein Wiederaufbau, keine Erholung, kein Ende der Blockade in Sicht

**Über vier Milliarden Dollar hatte die internationale Gemeinschaft für den Wiederaufbau Gazas nach dem israel-reit gestellt. Aber das zugesagte Geld konnte nur in geringem Umfang ausgegeben werden. Die Dinge für den Wiederaufbau lagern in Depots außerhalb von Gaza. Gaza selber liegt in weit- en Teilen in Ruinen.**

**Fortsetzung der Blockade**  
Die seit 2007 verhängte Blockade verbietet den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern, Gaza zu verlassen und Produkte jedweder Art zu exportieren. Selbst die Einfuhr ist eng beschränkt. Vor der Blockade verließen täglich rund 70 Lastwagenladungen mit Exportgütern Gaza und 583 Lastwagenladungen mit Waren und humanitären Gütern wurden hineingelassen.

Derzeit erlaubt Israel die Einfuhr von rund 35 Artikeln. Vor der Blockade waren es rund 4.000. Grundnahrungsmittel, die derzeit rund 74 Prozent der Gesamtimporte ausmachen im Vergleich zu 17 Prozent vor der Blockade, und Medikamente werden im Allgemeinen zugelassen. Es gibt jedoch keine veröffentlichte Liste der erlaubten Artikel und damit keine Sicherheit, was erlaubt und was verboten ist. Zum Beispiel können bestimmte Früchte, die an einem Tag als "lebenswichtig" hineingelassen werden, am darauf folgenden Tag zu "Luxusgütern" deklariert und abgewiesen werden. Humanitäre Güter, die theoretisch eingelassen werden, sind oftmals ebenfalls unvorhersehbaren Verzögerungen und Restriktionen ausgesetzt.

Gerade einmal vier Lastwagenladungen mit Baumaterialien monatlich kamen im vergangenen Jahr nach Gaza lediglich 0,05% der monatlichen Einfuhren vor der Blockade. Das Ergebnis: Alle Arten von Baumaterialien Zement, Kies, Rohre, Glas, Eisenstangen, Aluminium, Teer und Ersatzteile sind Mangelware. Zement gehört zu den Baumaterialien, die am Dringendsten benötigt werden. Nach intensiven Verhandlungen wurde eine einmalige Lieferung von 310 Tonnen Zement im Juli 2009 in Zusammenarbeit mit Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und der Weltbank erlaubt, um

Reparaturen an dem einzigen Kraftwerk von Gaza, an einer beschädigten Wasserwiederaufbereitungsanlage und der Mühle in Gaza, die durch einen Luftangriff getroffen wurde, durchzuführen. Kleine Mengen an Zement kommen über Ägypten durch die Tunnel nach Gaza aber zu überhöhten Preisen und in unzureichenden Mengen.

**Zerstörte Wohnhäuser, Betriebe und Infrastruktur**  
Der Gazastreifen ist eine der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt. Mehr als 15.000 Häuser erlitten derartig schwere Schäden, dass sie rund 100.000 Palästinenser und Palästinenserinnen während des Krieges zu Vertriebenen machten. Nach Schätzungen der UN benötigen 2.852 Häuser noch umfassende Reparaturen, 3.533 müssen komplett neu aufgebaut werden, 52.801 sind gering beschädigt.

Die israelische Militär-Operation "Gegossenes Blei" hatte die Infrastruktur von Gaza beschädigt. Internationale Analysen schätzen den Schaden auf 659,3 Millionen US-Dollar bis 891,8 Millionen US-Dollar. Nach dem Krieg blieben geschätzte 600.000 Tonnen Bauschutt zurück. Zerstörte Gebäude und große Flächen mit Schutt übersäen noch den Gazastreifen. Innerhalb der drei-wöchigen israelischen Angriffe wurden 700 Privatbetriebe, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen zerstört oder erlitten erhebliche Schäden an Gebäuden, Ausrüstung oder Lagern, einem Verlust von rund 139 Millionen US-Dollar. Eine Umfrage im Mai 2009 zeigte, dass 70 Prozent der Familien in Gaza von einem Dollar pro Tag lebten.

**Landwirtschaftlicher Anbau halbiert**  
Vor der Blockade produzierte Gaza bis zu 400.000 Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse. Ein Drittel davon wurde exportiert wie beispielsweise Tomaten, Paprika, Erdbeeren, Blumen und Früchte. Landwirtschaftliche Betriebe produzierten ein Viertel des Nahrungsmittelbedarfs von Gaza. Die Blockade hatte den Landwirten bereits einen schweren Schlag zugefügt, weil damit alle Exporte und für die Landwirtschaft zentrale Importe blockiert wurden. Dennoch arbeiteten vor der

Operation "Gegossenes Blei" mehr als 40.000 Menschen, 13 Prozent der Erwerbstätigen, in der Landwirtschaft. Militärfahrzeuge 17 Prozent des kultivierten Landes, darunter 17,5 Prozent der Oliven-, Dattel- und anderer Obstthaine und 9,2 Prozent der Felder. Gewächshäuser, Viehställe, Bewässerungskanäle, Brunnen und Pumpen wurden in großem Umfang bombardiert oder planiert. Die von Israel verordnete Sicherheits-"Pufferzone" innerhalb der Grenze von Gaza, wurde einseitig auf 300 Meter ausgedehnt. Zwischen einem Viertel und einem Drittel des landwirtschaftlichen Bodens von Gaza befindet sich jetzt in dieser Nogo-Area. Schätzungsweise 46 Prozent des landwirtschaftlichen Gebietes sind der Produktion entzogen worden.

**Kaputte Wasser- und Stromversorgung**  
Während der Angriffe wurden zentrale Betonwasserspeicher überall im Gazastreifen durch Bomben und Artilleriegranaten zerstört. 1.250 Tonnen Zement werden alleine für ihre Reparatur benötigt. Zehntausende Menschen sind auf die Trinkwasserversorgung durch Hilfsorganisationen angewiesen und hunderttausende sind dazu gezwungen, Wasser zu kaufen, das privat herbeigeschafft wird.

Die Offensive verursachte umfangreiche, lang anhaltende Schäden an der Stromversorgungsinfrastruktur von Gaza. Während die Hauptstromleitungen wiederhergestellt sind, leiden 90 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen von Gaza unter vier- bis achtstündigen Stromausfällen täglich, während der Rest der Bevölkerung immer noch ohne Stromversorgung ist. Dies betrifft nicht nur Privathaushalte, sondern auch zentrale öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, die auf Notfallgeneratoren zurückgreifen müssen, die wiederum selbst aufgrund des Ersatzteilmangels anfällig sind. Israel hat zudem weiterhin die Zufuhr von Industriediesel, der für den Betrieb des Kraftwerks benötigt wird, von benötigten 3,5 Millionen Liter pro Woche auf 2,2 Millionen Liter reduziert.

Die Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur wurde selbst auch schwer

beschädigt und hat weiterhin dringenden Reparaturbedarf, die Kosten hierfür belaufen sich nach Schätzungen auf sechs bis zehn Prozent des Wassers in der grundwasserführenden Schicht an dem Küstenstreifen von Gaza trinkbar.

**Schlechte Gesundheit**  
Die schlechte Wasserqualität führt zu ernsthaften Gesundheitsgefahren, wobei die Kinder am meisten darunter leiden. Zwölf Prozent der Kinder sterben an Diarrhö, einer vermeidbaren Erkrankung.

Eine Studie der Weltgesundheitsorganisation über den Zustand von 122 Gesundheitseinrichtungen in Gaza stellte fest, dass 48 Prozent während der Offensive beschädigt oder zerstört worden waren: 15 Krankenhäuser und 41 Polikliniken wurden teilweise beschädigt; zwei Polikliniken wurden zerstört und 29 Krankenwagen wurden teilweise beschädigt oder zerstört. Das palästinensische Gesundheitsministerium verlegte die beiden zerstörten Polikliniken in ein neues Gebäude, wo sie ihren Betrieb wieder aufgenommen haben.

Die sich verschlechternde Situation hat die Abhängigkeit von medizinischer Hilfe außerhalb von Gaza erhöht. Die israelischen Behörden am Übergang Erez verweigern oft selbst schwer kranken Patientinnen und Patienten die Ausreise zum Zweck der Behandlung in medizinischen Zentren in der Westbank, Ost-Jerusalem oder Jordanien. Zwischen Januar und Juli 2009 durften durchschnittlich lediglich 51 Prozent der Patientinnen und Patienten Gaza verlassen. Die Spaltungen zwischen der Autonomiebehörde in Ramallah und den de-facto Behörden in Gaza haben zur Verschlechterung der Versorgung der Kranken in Gaza beigetragen. Sie haben die Möglichkeit der Patienten, außerhalb von Gaza medizinisch versorgt zu werden, in einem derartigen Ausmaß beeinträchtigt, dass zwischen März und April 2009 zehn Patientinnen und Patienten ihr Leben verloren.

**Bildungswesen am Boden**  
Während der militärischen Offensive wurde 18 Schulen zerstört (darunter acht Regierungsschulen, zwei Privatschulen

und acht Kindergärten) und mindestens 280 beschädigt. Zusätzlich zum Einfuhrverbot für Baumaterialien haben die ungen bei der Versorgung mit essentiellen Bildungsmaterialien wie Schulbüchern und Papier und auch Einfuhrverbote nach sich gezogen. Beinahe unmittelbar nach der Militäroffensive setzten Schülerinnen und Schüler den Schulbesuch fort, oftmals in teilweise beschädigten Klassenräumen, die noch die Spuren des Kriegs aufwiesen. Kinder, die schon durch die militärische Offensive traumatisiert wurden, können nicht in diesen unsicheren und unhygienischen Verhältnissen lernen und sich entwickeln.



Der zehnjährige Loa'i aus Beit Lahia im Gazastreifen ist durch einen israelischen Luftangriff während des Gazakrieges im Januar 2009 erblindet  
Foto: Eman Mohammed

164 Schülerinnen und Schüler sowie zwölf Lehrer und Lehrerinnen von Regierungsschulen wurden während der Militäroffensive getötet. Weitere 454 Schülerinnen und Schüler sowie fünf Lehrerinnen und Lehrer wurden verletzt. 86 Kinder und drei Lehrerinnen und Lehrer von UNRWA (UN-Flüchtlingshilfswerk)-Schulen wurden getötet und weitere 402 Schülerinnen und Schüler und vierzehn Lehrerinnen und Lehrer wurden verletzt. 52,5 % der 1,5 Millionen Einwohner von Gaza sind Kinder unterhalb von 18 Jahren. Nach Angaben des palästinensischen Ministeriums für Erziehung und höhere Bildung wären 105 neue Schulen notwendig. Von denjenigen Schülerinnen und Schülern, die ihre Prüfungen nicht bestanden, wurden 1.900 einer umfassenden Gesundheitsuntersuchung unterzogen. Die am häufigsten diagnostizierten Gesundheitsprobleme waren Unterernährung und Anämie.

Wiltrud Rösch-Metzler  
Dieser Text stützt sich auf einen Report europäischer Entwicklungsorganisationen vom Dezember 2009.  
<http://medico.de/media/bericht-gaza-das-groesse-versagen.pdf>

# Aktuelle Nachrichten aus Palästina

**340 Kinder in israelischen Gefängnissen**
Knapp 340 palästinensische Kinder befinden sich nach Angaben des “Palestinian Center for Defending the Detainees” (PCDD) in israelischen Gefängnissen. “Sie werden nach Erwachsenenrecht behandelt und haben keinen Zugang zu Bildung”, teilte des Zentrum mit. “Die Gefängnisleitung entzieht ihnen das Besuchsrecht, und sie erhalten keine vernünftige Kleidung.” Auch die Gesundheitsversorgung der Kinder sei nicht gewährleistet. 50 benötigen dringend medizinische Hilfe. Bei den erwachsenen Häftlingen ist die Gesundheitsversorgung ebenfalls schlecht. Von den 8.000 Gefangenen sind 1.600 erkrankt. 550 Häftlinge benötigen Operationen. Auch 160 Palästinenser mit Herz- und Nierenerkrankungen sowie 80 Diabetiker werden medizinisch nicht versorgt. 41 Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Gefängniskrankenhaus Al Ramleh, welches kaum über die grundlegendsten Medikamente verfügt.

**Ägypten baut Stahlmauer gegen Gaza**
Ägypten plant den Bau einer Stahlmauer an der Grenze zum Gazastreifen. Das zehn bis elf Kilometer lange Bauwerk aus Stahl soll 18 Meter tief in die Erde eingegraben werden. Damit will Ägypten die Tunnel zwischen Gaza und Ägypten unterbinden. Der frühere Chef der Atomenergiebehörde, der ägyptische Politiker Mohamed ElBaradei, kritisierte die Errichtung der Stahlmauer. Sie beschädige Ägyptens Reputation, weil dadurch der Eindruck erweckt werde, sie sei Teil der Blockade des Gazastreifen. Die Lösung wäre, die Tunnel zu schließen und die Grenze zu öffnen und eine Freihandelszone in Rafah zu eröffnen, in der Palästinenser ihre Waren verkaufen können.

**Kairos-Aufruf: Besatzung ist Sünde**
Zum ersten Mal haben palästinensische Kirchenleitungen und Laien ein Dokument verfasst, in dem sie ihren Standort im israelisch-palästinensischen Konflikt gemeinsam theologisch reflektieren. Ihr “Wort des Glaubens, der Hoffnung und der

Liebe” richtet sich aber auch an die Kirchen weltweit. “Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wieder zu erlangen?“, werden diese gefragt. Nicht mit Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln wie Boykottmaßnahmen, Investitionsabzug und Sanktionen soll ein Ende der Besatzung erreicht werden. Das Dokument wird, in Anlehnung an einen ähnlichen “Kairos” Aufruf südafrikanischer Kirchen von 1985, der das Ende des Apartheidsystems einleitete, “Kairos Palästina Dokument” genannt. Besetzung ist Sünde, “weil sie die Palästinenser ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt, die ihnen von Gott verliehen worden sind. Sie entstellt das Ebenbild Gottes in dem Israeli, der zum Besatzer geworden ist, und sie entstellt das Ebenbild Gottes in dem Palästinenser, der unter der Besetzung leben muss.” Jede Theologie, die Besetzung rechtfertigt, sei von der christlichen Lehre entfernt.

Das Liebesgebot Jesu, Bösem entgegen zu treten, bedeute für Christen in Palästina Widerstand gegen die Besatzung zu leisten. Dabei dürfe dem Bösem nicht mit Bösem widerstanden werden. Zum Widerstand mit friedlichen Mitteln gehöre auch, sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besatzung hergestellten Güter einzusetzen. Ziel dieser Kampagnen sei nicht Rache, sondern die Beseitigung des bestehenden Unrechts.

**Westbank schrumpft**
Für Siedlungen und Mauer hat Israel in der Westbank bislang 180.000 Hektar Land konfisziert, wie das Palästinensische Statistikamt im März mitgeteilt hat. Dazu gehören die von der Westbank isolierten Gebiete zwischen der Mauer und der Grünen Linie von 1949. Sie machen 9,8 Prozent der Gesamtfläche der Westbank (5.860 km²) aus. Die Mauer allein beansprucht 3,4 Prozent. Weiteren Prognosen zufolge wird mit Fertigstellung der Mauer rund 46 Prozent der Westbank weg sein: 3,4 Prozent der Fläche von Ost-

Jerusalem, 9,8 Prozent der Fläche zwischen Mauer im Westen und Grüner Linie, 29 Prozent des Jordantals und 3,5 Prozent durch Umgehungsstraßen für Siedler und Siedlungen.

Entlang der östlichen Grenze des Gaza-Streifens richtete Israel eine Pufferzone ein, die 58 Kilometer lang ist und 1.5 Kilometer in den Gaza-Streifen hineinreicht. Diese Pufferzone umfasst 87 Quadratkilometer. Israel kontrolliert damit 24 Prozent des Gaza-Streifens (365 km²).

**Goldstone-Bericht bleibt anstößig**
Die palästinensische Autonomiebehörde drängt Richard Falk, den UN-Sonderberichterstatter über Menschenrechte in den besetzten Gebieten, zum Rücktritt, nachdem er das zögerliche Verhalten der Autonomiebeörde gegenüber einem UN-Bericht (Goldstone-Bericht), der israelische und palästinensische Kriegsverbrechen im Verlauf des Gazakriegs untersucht, kritisiert hat. Der palästinensische Präsident Abbas hatte die UN um einen Aufschub bei der Befassung mit dem Goldstone Report gebeten. Abbas soll dabei unter massiven Druck durch Israel gestanden haben, berichtete die israelische Zeitung Haaretz. So habe Shin Bet Chef Yuval Diskin mit einem ‚Gaza‘ in der Westbank gedroht, falls die Palästinenser den Goldstone-Bericht nicht von der UN-Tagesordnung nehmen.

**Abraham Moschee wird jüdische historische Stätte**

Nach der Ankündigung des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu die Abraham Moschee in Hebron und das Rachel Grab in Betlehem zu jüdischen historischen Stätten zu erklären, kam es zu Protesten. Die UNESCO kritisierte die Vereinnahmung der Patriarchengräber in Hebron und des Rachel-Grabs durch Israel. Diese Stätten seien auch für Muslime und Christen wichtig, erklärte UNESCO-Chefin Irina Bokowa in Paris. Die wegen dieses Streits wachsende Spannung in der Region bereite ihr Sorgen.

**Israel nimmt Land am Toten Meer**
Nachdem der Wasserspiegel im Toten Meer sinkt und damit ein breiterer Küstenstreifen entsteht, hat die israelische Regierung 138.600 Dunam Land am Toten Meer im vergangenen Jahr als “Staatsland” registrieren lassen. Es handelt sich um Land, das in der seit 1967 besetzten Westbank liegt.

**Lebensbedingungen in Gaza werden schlechter**
Die Lebensbedingungen der eingeschlossenen Menschen in Gaza haben sich weiter verschlechtert. Durch die Schließung des Grenzübergangs Nahal Oz ist insbesondere die medizinische Versorgung betroffen. Über Nahal Oz war vor allem Treibstoff in den Gazastreifen transportiert worden, der nun in den Krankenhäusern fehlt, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der UN und der Vereinigung der Internationalen Entwicklungsagenturen (AIDA). Neben einem Förderband am Grenzübergang Karni sei derzeit lediglich ein einziger Grenzübergang (Kerem Schalom) für den Gütertransport geöffnet, der völlig überlastet sei. Israel verlangt, dass alle humanitären Lieferungen für den Gazastreifen an der Grenze umgeladen werden, wodurch sich der Transport erheblich verzögert. Auf einer Geberkonferenz im März 2009 hatten mehr als 70 Staaten 4,5 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau des Gazastreifens zugesagt. Wegen der israelischen Blockade und der Klausel, nicht mit der Hamas zu kooperieren, ist kaum etwas davon bei den Eingeschlossenen von Gaza angekommen.

**Visa-Restriktionen für Touristen**
Seit Herbst 2009 gibt es neue israelische Visastempel bei der Einreise an der Allenby-Brücke und beim Ben Gurion Flughafen. Einreisende, die als Reiseziel einen Ort in der Westbank angeben, erhalten einen 'PA-only' Visa-Stempel, der nur zum Aufenthalt in den palästinensischen Gebieten berechtigt. Jeder, der angibt Kontakte in die Westbank zu haben oder plant, neben einem Aufenthalt in Israel,

# Deutsche und EU-Nahostpolitik

**Neue EU-Resolution: Jerusalem für Juden und Palästinenser - Blockade des Gazastreifens beenden!**

In der Nahost-Resolution, die die 27 Außenminister der EU-Mitgliedsländer am 8. Dezember einstimmig verabschiedeten, finden sich eine Menge wichtiger Aussagen zu Jerusalem, zukünftiger Staat Palästina und Friedensprozess. Nicht mehr enthalten ist der Satz aus dem schwedischen Resolutionsentwurf: “Die EU ruft zur umgehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen auf, die innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens zu einer Zwei-Staaten-Lösung führen, und zwar mit einem unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen Staat Palästina, der bestehen wird aus der West Bank und Gaza, mit Ost-Jerusalem als seine Hauptstadt..”, nachdem die israelische Regierung interveniert hatte.

Im Einzelnen heißt es in der EU-Resolution: Die EU wird keine Veränderung der vor 1967 bestehenden Grenzen anerkennen, einschließlich solcher, die Jerusalem betreffen. Die EU wiederholt ihre Unterstützung für Verhandlungen und für weitere Schritte, die zu einem Staat Palästina führen. Diesen wird sie dann “zu einem geeigneten Zeitpunkt” anerkennen. Die EU nimmt - “positiv” - Israels teilweisen und zeitlich begrenzten Siedlungsstopp zur Kenntnis, als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Die EU stellt erneut fest, dass die israelischen Siedlungen, die Trennmauer (soweit sie auf besetztem Land gebaut ist: das ist auf 86 % ihrer Gesamtlänge der Fall), die Hauszerstörungen und die Vertreibungen von Palästinensern nach internationalem Recht illegal sind.

Die EU zeigt sich tief besorgt über die Lage in Jerusalem. Der EU-Rat erinnert daran, dass er die Annexion von Jerusalem durch

Israel nie anerkannt habe. Für einen echten Frieden müsse ein Weg gefunden werden, um den Status von Jerusalem als künftiger Hauptstadt zweier Staaten (Palästina und Israel) zu beschließen, und zwar im Wege von Verhandlungen. Außerdem fordert die EU Israel auf, die diskriminierende Behandlung von Palästinensern in Ost-Jerusalem einzustellen. Was den Gaza-Streifen anbelangt, fordert die EU von Israel die uneingeschränkte Beachtung des internationalen humanitären Rechts und lehnt die fortgesetzte Abriegelung des Gazastreifens und seiner Menschen als “inakzeptabel und politisch kontraproduktiv” ab. In der Erklärung verlangt die EU die sofortige und dauerhafte Öffnung aller Übergänge nach Gaza, und zwar nicht nur für Hilfslieferungen humanitärer Art, sondern für Güter aller Art sowie die unbehinderte Ein- und Ausreise der Menschen.

**EU verurteilte Paßklau bei Mord an Hamas-Politiker**

Die Europäische Union hat von Israel Aufklärung über den Mord an einem Hamas-Politiker in Dubai verlangt. »Wir dringen darauf, daß wir die volle Übersicht über das bekommen, was da geschehen ist«, sagte Staatsminister Werner Hoyer in Vertretung von Bundesaußenminister Guido Westerwelle (beide FDP) in Brüssel. Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos sagte, die EU sei »äußerst besorgt« über die Verwendung europäischer Pässe bei dem Mord an dem Hamas-Führer Mahmud El Mabhuh. Die EU-Außenminister prangerten scharf »den Diebstahl der Ausweise von EU-Bürgern« an, wie Diplomaten mitteilten. Hamas-Spitzenfunktionär Mahmud El Mabhuh war am 20. Januar in Dubai ermordet aufgefunden worden. Dubai macht den

israelischen Geheimdienst Mossad für das Verbrechen verantwortlich. Die internationale Polizeibehörde Interpol fahndet nach elf Verdächtigen, die kurz vor der Tat mit britischen, irischen sowie einem deutschen und einem französischen Pass eingereist waren. Israel wies jede Verantwortung zurück.

**Siedlungen sind nicht Israel - Keine Zollbefreiung für "Soda-Club"**

Waren, die in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten hergestellt worden sind, dürfen nicht als israelische Produkte zollfrei in die EU eingeführt werden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Im konkreten Fall ging es um Sprudler des Getränkeherstellers "Soda-Club", die in der israelischen Siedlung Mischor Adumim, einem Industriegebiet im Westjordanland, hergestellt werden. Sie seien israelischen Ursprungs, teilte das deutsche Unternehmen Brita, das sie einführt, dem Hauptzollamt Hamburg-Hafen mit.

1995 hatte die EG mit Israel die Zollfreiheit von Einfuhren aus dem Land vereinbart und 1997 mit der PLO ein entsprechendes Abkommen für das Westjordanland und den Gazastreifen geschlossen. Der Argumentation der Klägerin, ihre Produkte seien nach einem der beiden Abkommen in jedem Fall zollfrei, schlossen sich die Richter nicht an: Jedes der beiden Abkommen habe "einen eigenen räumlichen Geltungsbereich", das Abkommen mit Israel gelte ausschließlich für dessen Staatsgebiet, also nicht für israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten. Auch seien die israelischen Behörden verpflichtet, ausreichende Angaben zu machen, damit der tatsächliche Ursprung

der Waren festgestellt werden könne.

**Europäisches Parlament fordert Ermittlungen zum Gaza-Krieg**
Respekt der Menschenrechte durch alle am bewaffneten Gaza-Konflikt Beteiligten, unabhängige Ermittlungen vermeintlicher Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, eine klare EU-Position bezüglich der Folgen des Goldstone-Berichts sowie eine strenge Überwachung seiner Umsetzung: dies sind die Hauptanliegen des Europäischen Parlaments in einer Entschließung vom Februar 2010. Die Entschließung wurde mit 335 Stimmen dafür, 287 Stimmen dagegen und 43 Enthaltungen angenommen.

Die Abgeordneten betonen in der Entschließung, nur "die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, internationaler Menschenrechtsnormen durch alle Seiten und unter allen Umständen sowie vertrauensbildender Maßnahmen zwischen Israelis und Palästinensern", schaffe die Voraussetzung für einen Friedensprozess, der eine sichere und friedliche Koexistenz beider Staaten ermöglicht.

Innerhalb der nächsten fünf Monate sollen beide Seiten Ermittlungen durchführen, die "den internationalen Normen in Bezug auf Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Transparenz, zeitliche Nähe und Wirksamkeit entsprechen". Dies steht im Einklang mit der Resolution der UN-Generalversammlung vom 26. Februar 2010, in der weitere Ermittlungen gefordert werden. Um den Goldstone-Bericht umzusetzen, fordert das Parlament die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Mitgliedstaaten auf, einen

auch in die Westbank zu reisen, läuft Gefahr, einen solchen Stempel zu erhalten. Damit bleibt ihm ein Aufenthalt in Israel und in Ostjerusalem verwehrt. Das US-Konsulat hat mitgeteilt, dass es gegen eine solche Visa-Erteilung machtlos ist.

**Mehr Ausbürgerungen aus Jerusalem**
Die Zahl der aus Jerusalem ausgebürgerten Palästinenser hat im Jahr 2008 einen Höchststand erreicht: 4577 Menschen durften im Jahr 2008 nicht nach Jerusalem zurückkehren. Das sind 35% aller seit 1967 Ausgebürgerten, wie die israelische Zeitung Haaretz berichtete.

**Tod für Zusammenarbeit mit Israel**
Im April ließ die Hamas-Regierung im Gaza-Streifen zwei Palästinenser töten, die der Kollaboration mit Israel angeklagt waren. Seit der Machtübernahme durch die Hamas war dies die erste Vollstreckung einer Todesstrafe. Insgesamt wurden im Jahr 2009 16 Personen wegen Kollaboration, Verrat und Mord zum Tod verurteilt.

**Armee erschoss drei Palästinenser**
Drei Palästinenser sind am 26. Dezember 2009 von der israelischen Armee in der Altstadt von Nablus erschossen worden. Die Armee hat sie verdächtigt, einen israelischen Siedler ermordet zu haben. Alle drei waren unbewaffnet, zwei von ihnen hatten ihr Haus verlassen und sich freiwillig gestellt. Menschenrechtsorganisationen fordern eine Aufklärung der Fälle.

**Platzek musste zu Fuß nach Israel**
Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzek (SPD) ist nach einem Besuch in der Westbank im April fast nicht mehr nach Tel Aviv gekommen, wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtete. Am Militär-Kontrollpunkt bei Jenin durfte sein Diplomatenfahrzeug nicht weiter. Platzek lief kurzerhand zu Fuß hinüber nach Israel. Sein gepanzertes Fahrzeug durfte nur nach Ramallah zurückfahren.

**Palästina: UN-Resolution**

Die UN-Resolution 1816 vom 18. Juni 2009 fordert die israelische Regierung auf, die Blockade des Gazastreifens zu beenden und die humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die Resolution ist mit 14 Stimmen angenommen worden. Die USA, die Türkei und die Arabische Liga haben sich abgehalten.

“gemeinsamen Standpunkt zu den Maßnahmen infolge des Berichts der von Richter Goldstone geleiteten UN-Erkundungsmission zum Konflikt in Gaza und im südlichen Israel" zu finden. Außerdem sollen sie öffentlich dafür eintreten, "dass die Empfehlungen des Berichts umgesetzt werden und Verantwortung für alle Verstöße gegen das Völkerrecht, auch für zur Last gelegte Kriegsverbrechen, übernommen wird".

Besonders besorgt sind die Mitglieder des Europäischen Parlaments über den Druck, "der auf nichtstaatliche Organisationen ausgeübt wird, die an der Erstellung des Goldstone-Berichts und den infolge des Berichts durchgeführten Ermittlungen beteiligt waren". Die Zusammenarbeit von staatlichen Behörden und nichtstaatlichen Organisationen muss gestärkt werden. Dementsprechend hat das Parlament die entsprechenden staatlichen Stellen aufgefordert, die Arbeit dieser Organisationen nicht zu behindern.

Abschließend spricht sich das Parlament für eine "sofortige, durchgehende und bedingungslose Öffnung der Grenzübergänge zu Gaza" aus. Im Dezember 2009 hatte der Rat eine entsprechende Forderung geäußert, da sich die Notlage der dort lebenden Menschen mit der anhaltenden Abriegelung des Gebiets weiter zuspitzt hat.

Die israelische Westbank, die von der UN als besetztes Gebiet angesehen wird, ist im Bild rechts zu sehen. Die grüne Linie markiert die 1949 festgelegte grüne Linie, die die Westbank von Israel trennt. Die grüne Linie ist eine künstliche Linie, die die Westbank von Israel trennt. Die grüne Linie ist eine künstliche Linie, die die Westbank von Israel trennt. Die grüne Linie ist eine künstliche Linie, die die Westbank von Israel trennt.

# Kommentare

## Besetztes Ostjerusalem in Bedrängnis

Die illegale Annexion Ost-Jerusalems als „Wiedervereinigung“ anzupreisen, ist ein fauler Trick, um weniger informierten Menschen „Sand in die Augen“ zu streuen. Denn nicht wahrgenommen werden sollen der fortlaufende Bau neuer Siedlungen in und um die Stadt, der Mauerbau, die menschenverachtende Wohnungspolitik, die palästinensischen Familien keine Baugenehmigungen erteilt, Enteignungen, Hauszerstörungen, die Schließung palästinensischer Institutionen, palästinenserfeindliche Aufenthaltsbestimmungen sowie Ein- und Ausreisebehinderungen.

Ziel all dieser Maßnahmen ist und bleibt eine demographische Verschiebung. Die israelische Präsenz im Ostteil der Stadt wird größer während die palästinensische Bevölkerung in ihrer Entwicklung behindert wird. Mit der gezielten Judaisierung wird eine Veränderung des charakteristisch arabischen und islamischen Teils angestrebt. Dabei werden West-Jerusalem und Ost-Jerusalem aber durch die israelischen Aktivitäten eher mehr getrennt als vereint. Während jüdische Neuzuwanderer sofort und überall beschlagnahmte palästinensische Häuser beziehen und neue Wohnungen bauen können, dürfen palästinensische Jerusalemer nicht einmal ihre eigenen Häuser ausbauen. Im Gegenteil: Palästinensische Jerusalemer müssen stets nachweisen, dass die von ihnen seit Generationen bewohnten Häuser tatsächlich auch ihnen gehören. Sonst laufen sie Gefahr, sie zu verlieren, da sie angeblich ohne „Baugenehmigung“ erstellt worden seien. Die Palästinenser sollen weichen.

Die geografischen und demographischen Veränderungen in Ost-Jerusalem sind evident und bieten neuen Stoff für Auseinandersetzungen. Dort, wo Alharam el-Sharif (Felsendom) steht, soll einmal laut jüdischer Fundamentalisten der dritte Tempel stehen. Deshalb wird unterhalb des Damaskustors und des Felsendoms sowie im arabischen Silwan gegraben. Doch diese Grabungen erfolgen auf besetztem Boden und werden von der Besatzungsmacht einseitig vorgenommen.

Diese Enteignung palästinensischen Kulturgutes findet auch im Westjordanland statt. So wird die islamische Ibrahim-Moschee in Hebron, die von Christen und Juden Grabkirche der Patriarchen genannt wird, sowie die Bilal-Ben-Rabah-Moschee bei Bethlehem, auch Grab von Rachel genannt, dem israelischen Kulturgut zugerechnet, obwohl sie in den Autonomiegebieten Palästinas liegen.

Israels kulturelle Expansionspolitik auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung ist der Versuch, jüdische Ansprüche auf Ganz-Palästina durchzusetzen. Diese Entwicklungen sind deshalb möglich, weil die USA offensichtlich jeden Einfluss oder gar Druck auf eine friedliche Lösung aufgegeben haben. Und Israel sich ermutigt fühlen kann. So laufen internationale Proteste ins Leere.

Was zurzeit im besetzten Palästina insbesondere in Ost-Jerusalem an schleichenden Veränderungen und Beeinträchtigungen passiert, ist mehr als ein Verstoß gegen das internationale Völkerrecht und gegen die Menschenrechte. Es handelt sich um Enteignung, Expansion und Vertreibung und der Begriff Wiedervereinigung soll das zudecken.

*Nazih Musharbash*

## Israel will keinen "Siedlungsstopp"

Wenige Tage nach dem Beschluss des israelischen Kabinetts vom 26. November 2009 zum so genannten "Siedlungsstopp" für eine Dauer von zehn Monaten sagte Premierminister Netanyahu vor Siedler-Vertretern: der "Siedlungsstopp" diene lediglich dazu, die Regierungen der USA und der EU-Länder ruhig zu stellen. Netanyahu erklärte den Siedlern, dass die Ablehnung des "großzügigen israelischen Angebots" durch die Palästinenser nun aller Welt zeige, dass es die Palästinenser seien, die sich der Aufnahme von neuen Verhandlungen und damit dem Frieden verweigerten. Die aber hatten das israelische Angebot als große Mogelpackung durchschaut und es zu Recht abgelehnt: schließlich ist darin Ost-Jerusalem vom "Baustopp" ausgenommen. Dort entstehen Tag für Tag neue Wohn-

einheiten für Juden, während palästinensische Bewohner aus ihren Häusern vertrieben werden. Außerdem: der "Siedlungsstopp" gilt auch nicht für den Bau öffentlicher Gebäude durch die Besatzungsmacht.

Yisrael Harel, der das "Institut für Zionistische Strategie" in Jerusalem leitet, verhöhnte kürzlich die Forderungen der Obama-Regierung nach einem Staat Palästina und nach einem echten Siedlungsstopp. Harel, der überzeugte Befürworter von Landraub und Besetzung, stellte fest: "Heute leben trotz unvollständigen Siedlungsstopps fast 300.000 jüdische Siedler in der Westbank" (Harel nennt sie "Territorien"). Und er fuhr fort: "Die jüdischen Siedler sind fest entschlossen, bald eine Million zu erreichen, und sie werden ihr Ziel erreichen." Der zionistische Strategie stellte klar, dass das Eingehen Netanyahus auf die Forderung der USA und der EU nach der Zwei-Staaten-Lösung nur ein Lippenbekenntnis gewesen sei. Auch Minister Benny Begin hatte nach dem Kabinettsbeschluss über den "Baustopp" zugegeben: "Es handelt sich nicht um ein Einfrieren; es werden weiterhin Tausende Wohnungen in Judäa und Samaria gebaut werden. In den kommenden Monaten bezieht sich die Einschränkung nur darauf, dass keine neuen Baugenehmigungen erteilt werden. Außerdem vergehen zehn Monate sehr schnell." Die israelischen Siedler haben rasch noch Fakten geschaffen: Sie haben vor dem Stichtag und auch noch danach provisorische Fundamente für künftige Häuser gegossen; denn für die sollte der "Baustopp" nicht gelten. Die Siedler fürchten den Regierungsbeschluss ohnehin nicht. Der Staat selbst war es schließlich, der den Ausbau der Siedlungen über Jahrzehnte hinweg aktiv gefördert hat. Der offizielle "Sasson-Report" vom März 2005 enthält alles Wissenswerte dazu.

Und so war es keine Überraschung, als im Februar 2010 herauskam, dass in mindestens 33 Siedlungen im Westjordanland gegen den "Baustopp" verstoßen wurde. Und in etlichen illegalen Großsiedlungen gingen die Bauarbeiten an 1.500 Wohnungen nach Verhängung des "Stopsps"

weiter: schneller und intensiver als zuvor! Die bekanntesten Fälle sind Ma'ale Adumim, Ariel und Modi in Illit.

Die entscheidende Frage ist ohnehin nicht, für wie viele Wochen oder Monate oder wie umfassend die völkerrechtswidrige israelische Besiedlung des palästinensischen Westjordanlandes unterbrochen wird. Die entscheidende Frage ist, wann endlich die Siedler ihre illegalen Siedlungen auf fremdem Boden verlassen und zurückkehren nach Israel. Ohne diesen Schritt kann es keine Perspektive für die weltweit geforderte Zwei-Staaten-Lösung geben. Und ohne Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines Staates Palästina auch nicht.

*Dieter Neuhaus*

## Nahost-Policy neu schreiben

"Wie könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wieder zu erlangen?" Christinnen und Christen aus Palästina stellen diese Frage an die Kirchen im Westen. In der ausweglosen Situation der Besetzung veröffentlichten sie 2009 ihr Wort der Hoffnung. Sie bezeichnen die über 40 Jahre anhaltende Besetzung als Sünde. Theologien, die diese Sünde rechtfertigen, stellen für sie eine Bedrohung ihrer Existenz dar. Um endlich ein Ende der Besetzung zu erreichen, fordern sie gewaltfreie Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft wie wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, Investitionsabzug und Sanktionen. Ihr "Kairos-Palästina-Dokument" ist ein Dialogpapier. Die Verfasserinnen und Verfasser warten auf Antwort.

Im Unterschied zur katholischen Kirche, hat die evangelische Kirche drei Monate nach der Veröffentlichung des "Kairos-Dokuments" mit einem Papier "Israel-Palästina-Policy der EMOK" auf die Herausforderung des Nahostkonflikts reagiert. EMOK ist der Zusammenschluss, der im Heiligen Land tätigen protestantischen Vereine, Initiativen und Organisationen, vom "Studium in Israel" bis zum "Jerusalem-Verein im Berliner Missionswerk". Die EMOK schreibt in ihrem Papier: Eckpunkt für das Verhältnis zwischen der EKD und dem Staat Israel, sowie den

Palästinensern sei die Asymmetrie. Das Verhältnis zum jüdischen Volk und zum Staat Israel "ist aufgrund seiner theologischen Implikationen sowie auf dem Hintergrund der deutsch-jüdischen und der christlich-jüdischen Geschichte ein Verhältnis sui generis und mit dem zu keinem anderen Volk oder Staat vergleichbar". Das Verhältnis zu den Palästinensern gehört für die EMOK "in den Horizont der christlichen Ökumene bzw. zu den ethisch-theologischen Fragen". Es fehlt eine Schlussfolgerung, wie diese Asymmetrie aufzulösen ist. Damit gibt die evangelische Kirche der Situation von Überordnung und Unterordnung von Israelis und Palästinensern eine theologische Legitimierung. Die Antwort auf den Hilfeschrei zur Überwindung der Diskriminierung ist die theologische Bestätigung derselben. Diese Haltung wird im palästinensischen Kairos-Dokument selbst als Grundproblem gesehen.

Das "Kairos-Dokument" geht von der Ebenbildlichkeit Gottes in jedem Menschen aus. Um Besatzer und Besetzte aus ihrer Gefangenschaft zu befreien, geht es darum, im jeweils anderen das Ebenbild Gottes zu sehen. Für Christen ist gewaltfreier Widerstand aus Liebe angesagt. Das Papier richtet sich in erster Linie an die palästinensischen Christen. Es ist eine Selbstvergewisserung über die jetzige Situation und eine theologische Reflexion der Situation. Es wird dort in Jugendgruppen und Kirchengemeinden diskutiert und richtet sich an die politische Führung der Palästinenser und der Israelis. Es ist auch ein Wort an Juden und Muslime in Palästina und Israel. Das Wort "Kairos" bezeichnet den richtigen Zeitpunkt. Den sehen die Verfasser nun gegeben angesichts des ausweglos gewordenen Schicksals der Palästinenser. Das Dokument wird, in Anlehnung an einen "Kairos" Aufruf südafrikanischer Kirchen von 1985, der das Ende des Apartheidsystems einleitete, "Kairos Palästina Dokument" genannt. Dem EMOK-Papier kann man nur eines empfehlen: Sich vom Kairos-Dokument wirklich anfragen lassen und die "Israel-Palästina-Policy" nochmal neu schreiben.

*Wiltrud Rösch-Metzler*

# Veranstaltungen

## Veranstaltungsbündnis in Bremen Gespräch beim Senatspräsidenten

Die 1989 gegründete Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V. ist assoziiertes Mitglied der bundesweiten Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft DPG. Vorsitzender ist Detlef Griesche, Stellvertreterinnen sind Anette Klasing und Ivesa Lübken. Die DPG hat mehrere Kunst-Ausstellungen mit Ibrahim Hazimeh veranstaltet, dazu Wander-Ausstellungen wie "It's possible" und die bundesweit in Bremen gefertigte Fotoausstellung über den "Alltag in Palästina". Einige Jahre lang wurde ein Bauernhof in Birzeit unterstützt sowie Institutionen in Kalandia. Die DPG hat bei der Zusammenarbeit der Universität Birzeit mit der Bremer Hochschule geholfen und Stipendien und Gastprofessuren von der Universität Gaza unterstützt. In einer Aktion mit einem Bremer Krankenhaus, einem engagierten Orthopäden und dem Bürgermeister wurden einige Jugendliche mit kriegsbedingten Behinderungen aus Gaza nach Bremen zur Behandlung geholt.

Zunehmend wichtig wird die Zusammenarbeit mit anderen engagierten Organisationen im Netzwerk "Bremer Initiative für Frieden im Nahen Osten". Der Erfolg zeigte sich bereits bei Veranstaltungen mit Moshe Zuckermann oder Hajo Meier und einer Kinovorstellung des Films "Die eiserne Mauer", die großen Zulauf hatten. Anlässlich des 20jährigen Bestehens der DBG empfing der Senatspräsident Bürgermeister Jens Böhrnsen DPG Verantwortliche zu einem Roundtable-Gespräch. Im November plant die dpg Bremen eine Veranstaltung mit Jeff Halper, dem Direktor des israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAH) aus Jerusalem.

## Osnabrücker Erklärung zum Israel-Palästina-Konflikt gestartet

Mit ihrer Erklärung an den Rat der Stadt Osnabrück und Gruppen, die am Frieden im Nahen Osten interessiert sind, betont die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Osnabrück das Gemeinsame, um den Menschen in Israel, Palästina und Deutschland eine friedliche Perspektive zu geben und sucht weitere Unterzeichner in Osnabrück. Darin heißt es: "Für einen dauerhaften und umfassend gerechten Frieden ist es entscheidend, dass Israelis und Palästinenser in Sicherheit ohne Terror und Besetzung bei gegenseitiger Anerkennung der jeweiligen Existenzberechtigung in zwei souveränen Staaten leben können. Dazu gehört u.E. auf Dauer auch eine Wirtschaftsgemeinschaft, der Syrien, Libanon, Jordanien, Israel und Palästina angehören könnten.

Wir verstehen uns als Anwalt der israelischen und palästinensischen Bevölkerung und setzen uns für die strikte Einhaltung der Menschenrechte und für gegenseitige menschliche Akzeptanz ein.

Israelis und Palästinenser kennen sich von Ausnahmen abgesehen oft nicht als gleichberechtigte Bürger. Sie nehmen sich lediglich als Besatzer oder Terroristen wahr. Es ist an der Zeit, diese einseitige Wahrnehmung zu durchbrechen, um dadurch den Menschen auf beiden Seiten zu friedlichem Handeln zu verhelfen."

Angestrebt sind, ein regelmäßiger Schüler/innen-Austausch zwischen Israel, Palästina und Osnabrück, Hochschulpartnerschaften, kulturelle Begegnungen, und Unterstützung und Umsetzung einer

Drei-Städte-Partnerschaft; Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern und zwischen christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinden vor Ort; Förderung von Reisen und Kontakten und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel, Palästina und Osnabrück; und eine konstruktive Öffentlichkeitsarbeit und Mahnung zur Einhaltung von Menschenrechten.

Unterzeichnet wurde die Erklärung bislang von der Hans Calmeyer-Initiative, der Erich Maria Remarque-Gesellschaft, der Felix-Nussbaum-Gesellschaft, dem Förderkreis der Osnabrücker Friedensgespräche und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft RG Osnabrück und Umgebung. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat die Erklärung nicht unterzeichnet, heißt aber "die in der Erklärung angestrebten Ziele vollumfänglich gut und unterstützt sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten".

## Veranstaltungskalender

### Gießen

18.05.2010 - 22.05.2010: "Eine Woche für den Frieden in Nahost"; Informationsabend Nahost; Filmabend: Paradise Now; Spiele aus der Krisenregion; Länderabend; Dabke-Tanzkurs; Lokal International (ehem. "Study Affairs"), Eichendorffring 111

### Kassel

31.05.2010: Vorlesung "Zweierlei - vielerlei Geschichte? Narrative des arabisch-israelischen Kriegs (1948) und ihre Auswirkungen auf den gegenwärtigen Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis" mit Dr. Sabine Damir-Geilsdorf (Marburg), 18.15-19.45Uhr, Uni Kassel, Standort Murhardsche Bibliothek

### Hamburg

07.06.2010: Vortrag und Diskussion "Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma" mit Moshe Zimmermann (Leiter des Koebner-Instituts f. deutsche Geschichte, Jerusalem), 19.30 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 11

### Nürnberg

09.06.2010 Nürnberg: Vortrag und Diskussion "43 Jahre warten auf Frieden" - Faten Mukarar aus Beit Jala in Palästina berichtet, 19.30 Uhr, eckstein, Burgstr. 1-3

### Bad Boll

11.06.2010 - 13.06.2010 Bad Boll: Nahost-Tagung "Partner für Frieden - mit Hamas und Fatah reden" in der Ev. Akademie Bad Boll - <http://www.ev-akademie-boll.de>

### Hannover

21.06.2010: Vortrag und Diskussion "Syrien im Spannungsfeld des palästinensisch-israelischen Konflikts", 19 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4

### Bad Krotzingen

02.09.2010 Lesung und Diskussion "Disteln im Weinberg" mit Sumaya Farhat-Naser (Palästina), Ev. Kirchengemeinde, Schwarzwaldstr. 7

## Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

### Nordrhein-Westfalen (Süd)

Name: Peter Bingel  
Email: [nrw@dpg-netz.de](mailto:nrw@dpg-netz.de)

### Köln und Umgebung

Name: Petra Schöning  
Email: [koeln@dpg-netz.de](mailto:koeln@dpg-netz.de)

### Düsseldorf

Name: William Hodali  
Email: [duesseldorf@dpg-netz.de](mailto:duesseldorf@dpg-netz.de)

### Hamburg und Umgebung

Name: Dr. Paul Löffler  
Email: [hamburg@dpg-netz.de](mailto:hamburg@dpg-netz.de)

### Frankfurt/Main

Name: Khalil Toama  
Email: [frankfurt@dpg-netz.de](mailto:frankfurt@dpg-netz.de)

### Trier

Name: Hazem Shehada  
Email: [trier@dpg-netz.de](mailto:trier@dpg-netz.de)

### Oldenburg/Ostfriesland

Name: Isam Elkorhaly  
Email: [oldenburg@dpg-netz.de](mailto:oldenburg@dpg-netz.de)

### Ruhrgebiet

Name: Krystyna Schydlo  
Email: [ruhrgebiet@dpg-netz.de](mailto:ruhrgebiet@dpg-netz.de)

### Osnabrück und Umgebung

Name: Nazih Musharbash  
Email: [osnabrueck@dpg-netz.de](mailto:osnabrueck@dpg-netz.de)

### Bremen

Name: Detlef Griesche  
Email: [bremen@dpg-netz.de](mailto:bremen@dpg-netz.de)

# Ost-Jerusalem: Niedergang eines wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentrums in Zeiten der Besatzung

Nazmi Al Jubeh

Bei den vielen hitzigen Diskussionen über die politische Zukunft Ost-Jerusalems im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts liegt der Fokus unverändert auf der Heiligkeit der Stadt, ihrem symbolischen Charakter, ihrer Bedeutung für Israelis, Palästinenser sowie die internationale Gemeinschaft. Daher beziehen sich die meisten politischen Pläne auf Objekte, Gebäude, Mauern, Geschichte, Heiligtümer usw. Die Menschen jedoch, welche die Stadt bewohnen, werden normalerweise vergessen oder spielen nur eine Nebenrolle. Sie haben bei der Festlegung ihrer Zukunft und ihres Status' keinerlei Mitspracherecht; sie sind weitgehend unsichtbar.

## Politik gegen die Einwohner

Als Israel 1967 Ost-Jerusalem besetzte, waren die Einwohner der Stadt, wie auch die Bewohner der restlichen Westbank, jordanische Bürger mit jordanischen Pässen. Israel stellte die Stadt unter israelisches Recht und annektierte einseitig das Gebiet von Ost-Jerusalem, ohne deren Einwohnern jedoch die israelische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Palästinensischen Jerusalemern wurden israelische Ausweise ausgestellt. Dadurch bekamen sie bürgerliche nicht politische Rechte und Pflichten, jedoch nur diejenigen, welche einen Wohnsitz innerhalb der städtischen Grenzen, wie sie von Israel festgelegt worden waren, nachweisen konnten. Von 1967 bis 2006 verloren an die 6.600 Jerusalemer aus verschiedenen Gründen ihre Einwohnerrechte, z.B. durch mehr als 3-jährige Auslandsaufenthalte, weil sie ihren Lebensmittelpunkt außerhalb der Stadtgrenzen hatten oder einen Partner heirateten, der kein Einwohner war. Diese Statistiken schließen noch nicht die minderjährigen Kinder ein, denen das Recht auf Ausweise abgesprochen wurde.

Nach israelischem Recht werden die Palästinenser in Ost-Jerusalem behandelt, als seien sie es gewesen, die 1967 nach Israel kamen und nicht, als wenn Israel Ost-Jerusalem besetzt hätte. Ungeachtet der Tatsache, dass Palästinenser ihre Pflicht durch Steuerzahlungen erfüllen, beteiligt sich die Mehrheit von ihnen nicht an den städtischen Wahlen. Die Frage der Teilnahme an den städtischen Wahlen ist unter Palästinensern umstritten. Die Minderheit sieht hierin ein Bürgerrecht, das Palästinensern helfen kann, Lebensbedingungen zu verbessern, und vielleicht die politische Zukunft der Stadt zu beeinflussen. Die Mehrheit jedoch sieht eine solche Teilnahme als Legitimierung der Besatzung.

## Demografiepolitik mit Hilfe jüdischer Immigranten

Nach der Aneignung von Ost-Jerusalem führte die israelische Regierung unverzüglich eine Volkszählung durch, bei der innerhalb der erweiterten Stadtgrenzen 66.000 Palästinenser registriert wurden. Diese Volkszählung schloss all jene aus, die sich aus diesem oder anderem Grund (Arbeit, Studium, Ferien oder Flucht vor dem Krieg) außerhalb Jerusalems aufhielten. Nach israelischen Schätzungen belief sich der Anteil an Palästinensern in der Stadt auf 25,8 %. Offiziell hat Israel mit verschiedenen Mitteln versucht, den palästinensischen Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung vom "Vereinigten Jerusalem" unterhalb von 30 % (manche sprechen von 27 %) zu halten. Diese Politik schlug fehl, als es den Palästinensern 1999 gelang, diese Grenze zu übersteigen (31,1 %) und 2002 erneut (mindestens 33 %) nach israelischen Statistiken. Aus palästinensischen Statistiken gehen noch höhere Werte hervor. Der israelischen Demografiepolitik zum Trotz geht der demografische Trend eindeutig zu Gunsten der palästinensischen Bevölkerung. Dies wurde seit 1996 deutlich, als die palästinensische Wachstumsrate von 2,9 % auf 4 % stieg, während das israelische Bevölkerungswachstum von 1,2 % 1996 auf 1,1 % 1999 absank.

Die israelische Politik des "demografischen Monopols" bestand aus der Umsied-

lung eines Teiles der jüdischen Bevölkerung West-Jerusalems zusammen mit neuen Immigranten aus dem Ausland und aus anderen israelischen Landesteilen in die neu erbauten jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem. Ob zu diesem Zeitpunkt der israelische Bevölkerungsanteil in Ost-Jerusalem die 50 %-Grenze überstieg oder nicht, ist unklar, da die veröffentlichten Zahlen ungenau und von der Politik beider Seiten beeinflusst sind.

## Ost-Jerusalem übernimmt politische Führung Palästinas

Mit dem Zusammenbruch der jordanischen Administration in Ost-Jerusalem als Folge der arabischen Niederlage im Krieg von 1967, begannen die Palästinenser in der Stadt sich selbst zu organisieren, um ihre Interessen (sowie die der Westbank und Gazas) auf der politischen, sozioökonomischen, administrativen sowie der Dienstleistungsebene, durch die Schaffung von zivilgesellschaftlichen Institutionen zu verteidigen. In dieser Hinsicht war das auferlegte israelische Recht für Jerusalem sehr hilfreich, während es in der Westbank und im Gazastreifen unmöglich war, eine palästinensische Führung einzusetzen, da diese unter israelischer Militärherrschaft standen. Eine der ersten Institutionen, die kurz nach 1967 etabliert wurde, war der Hohe Islamische Rat, der sich als Repräsentant der Palästinenser in den besetzten Gebieten und Schutzherr der islamischen heiligen Stätten in Jerusalem und der Westbank sah.

Anderer begannen mit dem Wiederaufbau des Bildungswesens und richteten Schulen ein, die von der israelischen Stadtverwaltung unabhängig waren. Ähnliche Organisationen wurden in den Bereichen Gesundheit, Soziales sowie Jugendarbeit eingerichtet. Vereinigungen für Arbeiter und Selbstständige wurden ebenso etabliert wie gemeinnützige Gesellschaften und Medienorganisationen. Als Ergebnis begann Jerusalem, die Besetzten Gebiete politisch anzuführen und wurde zum administrativen, kulturellen und Dienstleistungszentrum von Palästina.

## Die Rolle des Orient-Hauses

Wie viele andere palästinensische Organe auch, so gewann das Orient-Haus allmählich an Bedeutung. Es begann als Forschungszentrum der Gesellschaft für Arabische Studien, die kurz vor Ende der 70er Jahre vom verstorbenen Faisal al-Husseini gegründet wurde, als Ausgangsbasis für seine politischen Aktivitäten als Fatah-Repräsentant und Mitglied der PLO. Während die Gesellschaft weiterhin an Dokumentation und Erforschung Jerusalems und des palästinensisch-israelischen Konfliktes arbeitete, entwickelte sie sich auch zur wichtigsten politischen Stimme der Palästinenser in Ost-Jerusalem, sowie aller Palästinenser in den Besetzten Gebieten.

Al-Husseini, der teilweise Nutzen aus der Reputation seiner berühmten Familiengeschichte zog, gelang es, in der Bevölkerung hohes Ansehen zu erlangen. In den 80er Jahren stieg er wegen seiner Vorbereitung der Friedensprozessverhandlungen bei der Madrider Konferenz für Frieden im Nahen Osten von einem regionalen palästinensischen Anführer zu einer international bekannten Figur auf. Tatsächlich wäre der Durchbruch im Friedensprozess (1990 1991) schwer vorstellbar gewesen ohne die Rolle, die das Orient Haus auf jeder Ebene spielte bei Palästinensern in den Besetzten Gebieten und in der Diaspora (vor allem bei der palästinensischen Führung in Tunesien) sowie in Israel und den USA.

## Unabhängiges Ost-Jerusalem

Den Palästinensern in Ost-Jerusalem gelang es, ein soziopolitisches Netzwerk zu entwickeln, als Antwort auf Israels Vernachlässigung ihrer täglichen Bedürfnisse und, zur gleichen Zeit, sich der Annexionspolitik zu widersetzen, mit der versucht wurde, ihre nationalen Rechte zu verwässern. Dies geschah, angefangen bei politischen Foren und Konfliktlösungsstrategien, über eine Art Schatten-Verwaltung bis hin zu sozialen Diensten und institutionellen Netzwerken. All diese Bemühungen führten zu einer gewissen

Unabhängigkeit Ost-Jerusalems von Israel. Dieser Prozess verwandelte die "vereinigte Hauptstadt" in zwei getrennte Städte, die zusammen, aber getrennt leben. Bis in die späten 80er Jahre war das palästinensische Jerusalem in gewissem Maß das wichtigste Ballungsgebiet der Westbank. Es war Sitz der wichtigsten sozialen Einrichtungen, der spezialisiertesten Kliniken, der am weitesten entwickelten Märkte und der berühmtesten Bildungs- und Forschungszentren. Nicht nur, dass es das spirituelle Herz sowohl für moslemische als auch für christliche Gemeinden in Palästina ist, es ist auch das Zentrum der führenden religiösen Institutionen.

## Israel sperrt Zugang für Palästinenser

Im Verlauf der Madrider Konferenz 1991 begann Israel damit, unter Missachtung des Verhandlungsverlaufes, Schritte für die Umsetzung seiner eigenen Vorstellung von Frieden einzuleiten.

Erster Schritt hierbei war die Einrichtung eines ständigen Checkpoints zwischen dem Gazastreifen und Israel. Diesem folgte 1993 die Isolierung Jerusalems von der Westbank und der Forderung an alle Palästinenser, Passierscheine für das Betreten Jerusalems zu beantragen. Seitdem war und ist Jerusalem von seiner Umgebung isoliert, was zu einer ständigen Verschlechterung der Situation in der ganzen Stadt führte.

Ost-Jerusalem hat ganz klar einen hohen Preis für den Friedensprozess bezahlt. Die Sperrung, die ihm auferlegt wurde, beraubte es von Anfang an seiner Stellung als arabische Metropole, isolierte es von seinem Hinterland, führte zu wachsender Abhängigkeit von israelischen Märkten und Institutionen und steigerte den Druck auf seine Bevölkerung. Tatsächlich ist die Situation in Jerusalem so angespannt, dass es jederzeit zu einer Explosion kommen kann. Die hauptsächlich hierzu beitragenden Faktoren sind die Isolierung der Stadt, die Beschleunigung der Siedlungsaktivitäten und -expansion, die Deportation ihrer Einwohner, die Schließung palästinensischer Institutionen in der Stadt, die neu definierten Stadtgrenzen, der Verfall von Recht und Gesetz, sowie über 40 Jahre israelische demografische Politik.

Die Merkmale von Israels Plan für Jerusalem und sein Umland werden erst jetzt, im Kielwasser einer Reihe aufeinander folgender, offenkundig zusammenhängender Pläne, sichtbar. Israelische Regierung und Jerusalemer Stadtverwaltung haben ausgenutzt, dass die Welt mit dem 11. September und den darauf folgenden Kriegen in Afghanistan und Irak beschäftigt war und all ihre früheren Schritte gebündelt. Wir können die folgenden Aktionen und Pläne identifizieren, welche sich nicht nur auf die politische Lösung der Jerusalem-Frage auswirken, sondern auch auf die sozioökonomische Entwicklung von Ost-Jerusalem, zu seiner Isolation von der Westbank und der Zerstückelung der meisten seiner Viertel führen. Diese können zusammengefasst werden im äußeren Siedlungskreis, der inneren Umgehungsstraße, der Umgehungsstraße sowie der Trennmauer.

## Autonomiebehörde setzt auf Westbank

Israels Praktiken, seine Siedlungspolitik und die Abriegelung sind nicht die einzigen Faktoren, die für den Zusammenbruch der palästinensischen Institutionen in Jerusalem verantwortlich sind. Auch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und die internationale Gemeinschaft tragen daran Schuld. Die PA, an ihre Abkommen mit Israel gebunden, investierte nur indirekt und unregelmäßig in Jerusalem. 1995, vor der PA, wurden einige arabische Geldmittel für den Fortbestand der meisten der palästinensischen sozialen, politischen, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen eingesetzt. Diese Mittel, zusammen mit den israelischen Investitionen, hatten Jerusalems Lebensstandard auf eine Ebene gehoben, die den im Rest der Besetzten Gebiete übertraf. Nach Einsetzen der PA verschoben sich die Prioritäten und die finanzielle Unterstützung wurde hauptsächlich in den Aufbau von Institutionen der PA sowie die Verbesserung

ihrer Infrastruktur geleitet. Die Behauptung, die PA habe in Jerusalem im gleichen Maße investiert wie im Gazastreifen und der Westbank, wäre schwerlich zu beweisen. Weiterhin trug der Aufstieg Ramallahs als de facto PA-"Hauptstadt" dazu bei, dass Institutionen und qualifizierte Arbeitsplätze aus Ost-Jerusalem abwanderten. Unternehmen folgten, angezogen von Ramallahs Entwicklung zu einem Markt, der rasches Wachstum versprach, attraktive Investitionsbedingungen und eine Fluchtmöglichkeit vor den hohen israelischen Steuern in Jerusalem.

## Schließung wichtiger Institutionen

Die Sperrung Jerusalems seit 1993 führte langsam zu einem deutlichen Wachstum in den Satellitenstädten außerhalb der Stadtgrenzen, wie Ezariyya, Abu Dis, A-Ram und Bir Nabala. Der Verfall erreichte seinen Höhepunkt mit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada und dem Zusammenbruch der Tourismusbranche, welche in Ost-Jerusalem eine Haupteinnahmequelle war. Der vorzeitige Tod von Faisal al-Husseini war ein weiterer Rückschlag für die Stadt. Israel zog Nutzen aus dieser Situation und erließ Anordnungen, verschiedene Institutionen zu schließen, unter anderem das Orient-Haus, die Handelskammer, das Büro für Kleinprojekte, das Grundamt, die Kommission für Altstadtsanierung und weitere grundlegende Institutionen, die den Bürgern von Jerusalem dienten. Die Schließung des Orient-Hauses und der Zusammenbruch weiterer Institutionen führte zur Auflösung der unsichtbaren palästinensischen Sicherheitskräfte, welche unter dem Schirm des Orient-Hauses gearbeitet hatten (vom israelischen Sicherheitsapparat toleriert und mit diesem manchmal kooperierend). Diese Kräfte hatten den Jerusalemern ein Gefühl von Sicherheit gegeben und dienten als Konfliktlösungsmechanismus. Tatsächlich wurden die meisten der internen Konflikte unter Palästinensern in Jerusalem durch die gute Arbeit dieser Kräfte gelöst.

Mit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada richteten die Israelis ihre Aufmerksamkeit auf Sicherheitsfragen und überließen die öffentliche Ordnung in Ost-Jerusalem praktisch sich selbst. Sowohl die israelische Polizei in Jerusalem, als auch die Stadtverwaltung geben zu, dass das Verbrechen auf dem Vormarsch ist. Beide behaupten, die grundlegende Ursache für solch negative Entwicklungen sei der Mangel an Investitionen auf allen Ebenen. Wie üblich, werden der Mangel an Geld und Ressourcen für die Situation verantwortlich gemacht, nicht die asymmetrischen Investitionen, die Nachlässigkeit und der sozioökonomische Druck, dem Ost-Jerusalemern ausgesetzt sind.

## Mehr Flüchtlingslager

Die oben angesprochenen Faktoren haben zu wachsender Armut in Ost-Jerusalem geführt. Uns liegen keine klaren und zuverlässigen Statistiken zu Ost-Jerusalem vor; darum bin ich gezwungen, mich auf empirische Beobachtungen zu stützen. Die Schließung Jerusalems, die Siedlungsaktivität, die Intifada, die Trennmauer, die Landenteignung, der Mangel an ausgewiesenem Bauland, der Mangel an öffentlichen Investitionen, all diese Faktoren trafen die Stadt auf sehr dramatische Art und Weise. Trotz alledem haben viele Palästinenser ihre Behausungen in den Satellitenstädten (hauptsächlich in der Westbank) verlassen und suchen Unterkünfte in Ost-Jerusalem.

Die Baubeschränkungen und das Fehlen von Grenz- und Bebauungsplänen in Ost-Jerusalem haben eine Wohnungskrise ausgelöst und zwingen Menschen, unter weit schlechteren Bedingungen zu leben, als sie es gewohnt waren. Die akute Wohnungsnot hat zum Bau vieler ungeplanter und "unlizenzierter" Gebäude geführt. Dies vor allem in benachteiligten Stadtteilen, in welchen an ohnehin schon schlecht gebauten Häusern mehr Wohnungen angebaut worden sind (Silwan und Athurim). Diese Viertel sind auf dem Weg sich in Slums zu verwandeln. Das interessanteste Beispiel hierfür ist das Flüchtlingslager Shu'fat. Die Zahl der offiziell registrierten Flüchtlinge liegt nach der UNRWA (Hilfswerk der Vereinten

Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) bei weniger als 6.000, doch die tatsächliche Anzahl der heute in dem Lager lebenden Menschen (nach Aussage von Sozialarbeitern, Jugendclubs und Interessenvertretern im Lager) übersteigt 17.000. Sollte dies so stimmen, so bedeutet es, dass 11.000 Einwohner de facto zu Flüchtlingen geworden sind und unter miserablen sozialen Bedingungen leben. Das gleiche Phänomen entwickelt sich in drei weiteren Gemeinden: A-Thurin, Silwan, Wadi Qaddum und, weniger offensichtlich, in Wadi al-Joz.

## Verarmung der Altstadt

Die Altstadt von Jerusalem wird bei den letzten Versuchen Lösungen zu finden, zum Brennpunkt. Die Entwicklungen in der Altstadt in den letzten Jahren sind die Folge einer Ansammlung fehlgeleiteter Politik von britischen, jordanischen und israelischen Regierungen. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung der Altstadt, hauptsächlich Muslime, arm. Dies schließt alle armutsbedingten Probleme ein: Arbeitslosigkeit, Drogen, Gewalt in der Familie, sexuellen Missbrauch und Kleinkriminalität.

Die Altstadt ist dicht besiedelt: beinahe die Hälfte der 0.871 km<sup>2</sup> der Altstadt wird von seinen geschätzten 36.000 Einwohnern bewohnt, während die andere Hälfte aus religiösen Objekten besteht der Haram ash-Sharif als größtes und aus öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Pflegeheimen und Marktplätzen. Diese Situation spiegelt sich in den kleinen Wohneinheiten der Altstadt wider. Laut Statistiken sind an die 60 % der Wohneinheiten im moslemischen Viertel durchschnittlich 40 m<sup>2</sup> groß, während 25 % sogar kleiner als 20 m<sup>2</sup> sind. Zusammen mit einer durchschnittlichen Familiengröße von 6,3 Personen vermittelt dies den Ernst der Lage. Diese hohe Bevölkerungsdichte ist Indikator für die hohe Armutsrate in der Altstadt als Ganzes und dem moslemischen Viertel im Besonderen. Lebensstandard wie Bevölkerungsdichte, der Zustand von Gebäuden, öffentlichen Diensten und gesellschaftliche Charakteristika sind von einem Viertel zum anderen verschieden. Das moslemische Viertel weist die höchste Bevölkerungsdichte und die wenigsten öffentlichen Dienste auf, während das armenische Viertel die geringste Bevölkerungsdichte (nahe am jüdischen Standard), und das jüdische Viertel den höchsten Grad an öffentlichen Diensten und Einrichtungen genießen.

Die Altstadt leidet auch unter dem andauernden politischen Konflikt, der die Existenzgrundlage seiner Bewohner negativ beeinflusst. In den letzten Jahren hat sie eine steigende Auswanderungsrate unter sowohl gesellschaftlichen als auch wirtschaftlichen Eliten gesehen, womit die weniger glücklichen Familien zurück blieben. Ebenso ernsthaft führt die Situation zu einer Zerstörung des kulturellen Erbes der Stadt, das auch enormen internationalen Wert hat. Die Frage, über die jeder Politiker nachdenken sollte, ist nicht nur die Form einer politischen Lösung für Jerusalem. Die bedeutsame Frage ist: Kann die Stadt, in der oben genannte Bedingungen herrschen ungeachtet der Frage, ob sie offen bleibt oder geteilt wird und wie, wirklich gutes Zusammenleben hervorbringen oder irgend einer Art von Koexistenz förderlich sein?

Übersetzung: Guido Weiß

Zum Autor: Nazmi Al-Jubeh ist 1955 in Jerusalem geboren, hat in Tübingen promoviert und ist Professor für Islamische Kultur und Geschichte an der Birzeit Universität bei Ramallah. Er ist Ko-Direktor des Zentrums für den Erhalt und die Erneuerung palästinensischer Kultur und Architektur in Ramallah. "RIWAQ" und Autor mehrerer Bücher.

## Jerusalem, die Heilige

König Salomon ließ den ersten jüdischen Tempel erbauen. Jesus wirkte in Jerusalem, wurde hier gekreuzigt und erstand vom Tod. Den Muslimen ist Jerusalem heilig, denn hier band der Prophet Mohammed sein Pferd al-Buraq fest, um anschließend auf einer Leiter gen Himmel zu steigen.

So heißt Jerusalem auf arabisch auch Al Quds, die Heilige. Jerusalems hebräischer Name ist Yerushalayim, Stadt des Friedens. In den 3000 Jahren ihrer Geschichte, wurde die Stadt 18 Mal erobert, häufig dabei zerstört, um wieder zurück erobert und wieder belagert zu werden.

## Jerusalem Zeittafel

### 4. Jahrtausend v. Chr.

Spuren erster Besiedlung am Ort der heutigen Stadt.

### Ca. 1900 v. Chr.

Erstmalige Erwähnung Jerusalems (Urusalim) in ägyptischen Texten.

### Ca. 1000 v. Chr.

David erobert Jerusalem von den Jebusitern und macht die Stadt zum politischen und religiösen Zentrum des Israelitenreiches.

### Ca 952 v. Chr.

Salomo baut den Tempel für Jahwe auf.

### 930 bis 597 v. Chr.

Scheschonk von Ägypten erobert und plündert die Stadt. König Nebukadnezar II. erobert Jerusalem zum zweiten Mal und führt die jüdische Oberschicht in die Gefangenschaft.

### 538 bis 333 v. Chr.

Perseerherrschaft; Rückkehr der Juden nach Jerusalem.

### 63 v. Chr. bis 324

Der römische Feldherr Pompeius erobert die Stadt. Jerusalem wird zur Bezirkshauptstadt der Kolonie Syrien. Römische Herrschaft.

### 324 bis 614

Byzantinische Epoche. Jerusalem wird christlich. Konstantin lässt 326 die Grabeskirche bauen.

### 638

Islamisierung Palästinas. Kalif Omar nimmt die Stadt ohne Kampf ein.

### 691

Auf der Tempelstätte wird der islamische Felsendom gebaut.

### 705 bis 715

Al-Aqsa-Moschee wird erbaut.

### 1095 bis 1099

Erster Kreuzzug zur „Befreiung der Heiligen Stätte“.

### 1187

Saladin erobert Jerusalem für die Muslime zurück.

### 1229 - 1244

Der ägyptische Herrscher Kamil überlässt Jerusalem den Kreuzfahrern.

### 1244

Jerusalem ist von nun an fast 700 Jahre in osmanischer Hand.

### 1535

Unter Sultan Süleiman I. wird die Stadtmauer neu errichtet. Süleiman gibt der Altstadt von Jerusalem ihre heutige Struktur. 400 Jahre lang ist Jerusalem eine relativ unbedeutende Stadt im Osmanischen Reich.

### 1917

Britische Truppen besetzen Jerusalem und verdrängen die Osmanen.

### 1948

Der Staat Israel wird gegründet. Jerusalem gehört allerdings noch nicht dazu.

### 1949

Im Waffenstillstandsabkommen zwischen Jordanien und Israel wird Jerusalem in ein israelisches West-Jerusalem (ohne die Altstadt) und ein jordanisches Ost-Jerusalem geteilt.

### 1967

Israel erobert im Sechs-Tage-Krieg Ost-Jerusalem.

### 1980

Mit dem Jerusalem-Gesetz beschließt Israel gegen internationalen Protest die faktische Annexion Ost-Jerusalems.

### 1987

Beginn der ersten Intifada gegen die israelische Besetzung.

### 2000

Demonstrativer Einzug Sharons auf den Tempelberg in der Altstadt Ostjerusalems. Beginn der zweiten Intifada.

## Stadtrundgang mit dem israelischen Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD)



Wir machen eine Stadtrundfahrt mit ICAHD, dem israelischen Komitee gegen Hauszerstörung, das sich gegen die Hauszerstörungen durch die israelischen Behörden wendet. Es gibt ca. 20.000 Abrissverfügungen gegen palästinensische Wohnhäuser allein in Jerusalem. Die Familien leben dadurch unter ständiger Anspannung. Erst bekommen sie keine Baugenehmigung mit der Begründung, es gäbe keinen Stadtentwicklungsplan also sind alle Bauten der Palästinenser illegal. Ein Plan, den die Bewohner mit der Hilfe von Stadtentwicklungs-Experten aufgestellt haben, ist von den Behörden nicht anerkannt worden.

So sind sie gezwungen, wenn sie Kinder bekommen oder sich aus anderen Gründen vergrößern wollen, entweder in die Westbank abzuwandern oder ohne Genehmigung zu bauen und einen Abriss in Kauf zu nehmen. Abgerissen wird völlig überraschend und auch örtlich völlig unvorhersehbar. Zusätzlich müssen die Familien jährlich hohe Strafgebühren zahlen und wenn der Abriss stattfindet, müssen sie ihn selbst bezahlen.

Zum Schluss fahren wir an einem Haus in Sheikh Jarrah vorbei, das kürzlich "umgewidmet" wurde. Weil dort vor 1948 in bestimmten Häusern Juden gelebt hatten, sollen 28 palästinensische Familien ihre Sachen packen und gehen. In zwei Fällen haben die Siedler bereits vor Gericht gesiegt und die Häuser wurden geräumt. Seitdem wohnt eine palästinensische Familie auf der Straße vor dem Haus, das sofort von Siedlern bezogen wurde. Eine Leine voll israelischer Fähnchen zieht sich über das gesamte Dach.

Was diese Abrissverfügung psychologisch für die Menschen bedeutet, zeigt die Geschichte einer Familie, deren 7-jähriger Sohn plötzlich in der Schule in seinen Leistungen absackte; als der Lehrer daraufhin die Eltern besuchte, stellte sich



heraus, dass der Junge in seiner Schultasche keine Schulbücher, sondern seine Spielsachen spazieren trug. Der Grund war einfach: die Abrisse erfolgen ohne Vorwarnung irgendwann. Der Junge hatte ein Gespräch seiner Eltern darüber belauscht und trug seitdem seine Spielsachen mit sich herum, um nicht alles zu verlieren, wenn er nach Hause käme und das Haus wäre nicht mehr da.

Die Hausabriss gehen unvermindert weiter. Seit 1967 sind 24 000 Häuser abgerissen worden zum Teil mehrmals, es könnten auch bis zu 35 000 Häuser sein, aber für die erste Zahl hat das Israelische Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD) Belege. 167 Häuser sind von ICAHD wieder aufgebaut worden. Der Wiederaufbau bleibt damit im symbolischen Bereich.

Seine Hauptaufgabe sieht das Komitee deshalb in der politischen Arbeit, im Eintreten für einen gerechten Frieden, egal ob er eine Zweistaatenlösung bedeutet oder einen Staat mit zwei Nationalitäten.

Ich besuche noch einmal Sheikh Jarrah, wo vor 1948 Juden lebten und wo seit 1952 palästinensische Familien leben. In der Nähe ist das Grab von Simon dem Gerechten, zu dem orthodoxe Juden zum Gebet gehen. 28 Häuser in diesem Viertel sind von der Zwangsräumung bedroht. Siedler haben im Jahr 2001 das erste Haus besetzt und im August dieses Jahres wurde die erste palästinensische Familie aus ihrem Haus vertrieben, in das sofort Siedler einzogen.



Im November ist die Al Kurd-Familie aus dem vorderen Teil ihres Hauses durch Gerichtsbeschluss entfernt worden. Nun wird dieser Teil ebenfalls von Siedlern bewohnt hinten wohnen immer noch die Eigentümer, die neben dem Haus ein Zelt errichtet haben. Als wir uns der betroffenen Straße nähern, sehen wir schon von weitem, dass die Polizei die Straße mit einer doppelten Sperre abgeriegelt hat. Die Sperren sind wegen der Freitagsdemonstration errichtet worden, bei der israelische Friedensgruppen zusammen mit Palästinensern jede Woche gegen die Vertreibung der Bewohner protestieren.

Auf einem Schleichweg kommen wir hinter auf die Straße und zu den Familien. Diese abgeriegelte Straße mit den dadurch eingeschlossenen Menschen wirkt bedrückend. Nur das Auto der Siedler wird hineingelassen. Sie waren einkaufen und laden nun vor dem besetzten Haus ihre Einkäufe für den Sabbat aus. Im Zelt angekommen, gibt es Kaffee für uns und die Mitglieder der Familie werden mir vorgestellt. Es ist eine völlig absurde Situation. Kinder spielen auf der Straße Fußball der Ball fliegt in den Vorgarten der Siedler, die sich weigern, ihn wieder herauszugeben. Einer der immer anwesenden israelischen Friedensaktivisten holt einen Polizisten herbei, dem es gelingt, den Ball wieder loszugeben. Wie leben diese Menschen hier? Ob es die Siedler sind, die den Palästinensern ihren Wohnraum wegnehmen oder die Palästinenser, die täglich die "neuen Besitzer" ihres Hauses vor Augen haben, wie kann man so Wochen und Monate lang leben?

Während ich schreibe, erfahre ich, dass gestern Nacht vier Siedler in ein anderes Haus in dieser Straße eingebrochen sind und versucht haben, es zu besetzen und die dort wohnende Familie zu vertreiben. Durch die Hilfe der Nachbarn und der alarmierten Polizei konnte das verhindert werden. Die meisten Israelis sehen das Problem nicht, das auch für sie durch die andauernde Landnahme entsteht, da für sie Sicherheit im Vordergrund aller Überlegungen steht. Da sie im Moment Ruhe haben, sind sie nicht an Änderung interessiert. Änderung kann für sie nur Verschlechterung bedeuten, so ist die gängige Meinung. Sie sehen nicht, dass gerechter Frieden auch für sie eine Option sein könnte. Die Westbank ist für sie fremder als Thailand! Weil sie gelernt haben, die Araber seien der immerwährende Feind, erwarten sie keine irgendwie geartete Verhandlungslösung mit den Palästinensern. Es bleibt das immerwährende Einkreis-sein-Gefühl, das von der Regierung immer wieder beschworen wird (Netanjahu: "Wir sind das am meisten bedrohte Land der Erde.") Was die Soldaten angeht, sagt Jeff Halper von ICAHD, sind sie völlig andere Menschen, wenn sie im Dienst sind, wie wenn sie am Wochenende Vater und Mutter in den Arm nehmen.

Andreas Grüneisen war von Oktober 2009 bis Januar 2010 tätig als Ökumenischer Friedensdienstler für das Programm Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) des Weltkirchenrates (ÖRK). [www.eappi.org](http://www.eappi.org)

### Hauszerstörungen in Ost-Jerusalem (2004 - 2008)

(Angaben der Jerusalemer Stadtverwaltung an ICAHD)

### Abrissverfügungen ausgestellt an Palästinenser:

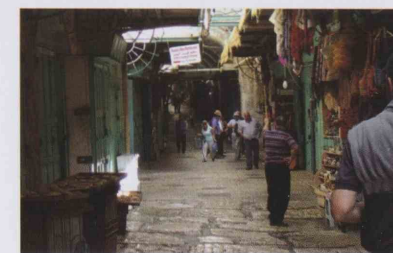
2008 - 959  
2007 - 477  
2006 - 687  
2005 - 801  
2004 - 829

### Anzahl der Hausabriss in Ost-Jerusalem:

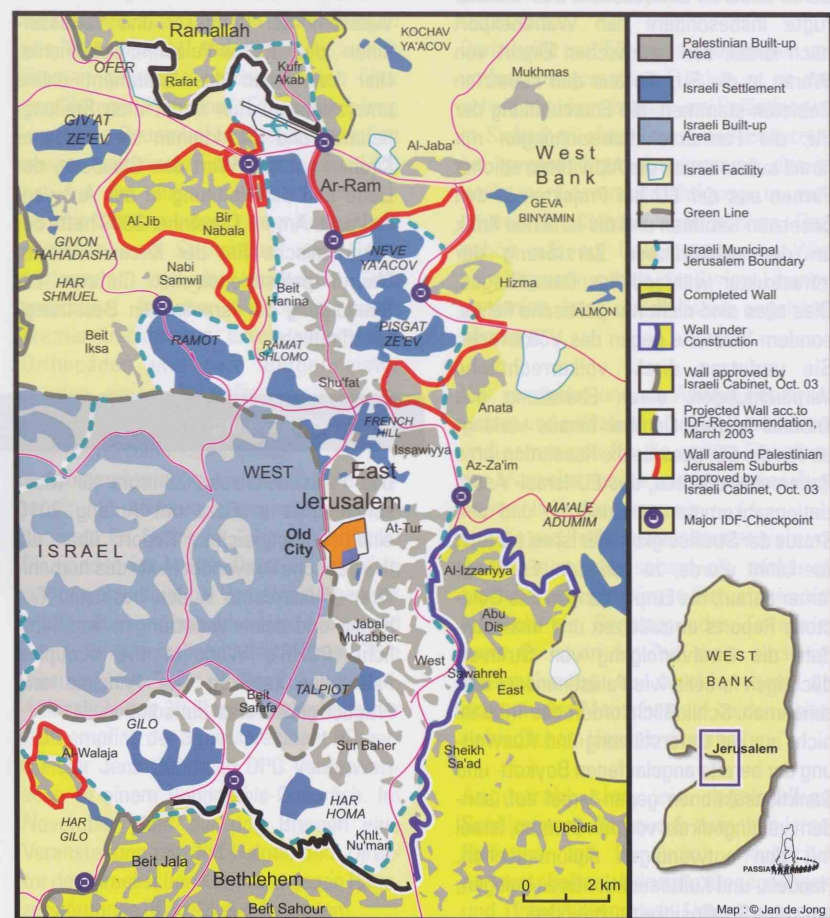
2008 - 87  
2007 - 78  
2006 - 83  
2005 - 94  
2004 - 152

### Kassierte Geldstrafen für illegales Bauen (in NIS):

2008 - 14.651.216  
2007 - 14.498.317  
2006 - 19.948.352  
2005 - 28.623.223  
2004 - 34.084.823



## The Wall (Jerusalem) December 2003



## INTERNATIONAL: Solidarität mit Gaza - Der "Gaza Freedom March"

Mit einem friedlichen "Marsch nach Gaza" wollten über 1.300 Teilnehmer aus 43 Ländern, darunter 40 Deutsche, an den Gaza-Krieg erinnern. Die Teilnehmenden verabschiedeten die "Kairoer Erklärung" mit Forderungen an Israel und die Staatengemeinschaft, die Blockade des Gazastreifens zu beenden.

Mit dem Marsch, der am 29. Dezember in Kairo beginnen sollte, wollten die Friedensaktivisten an den israelischen Angriff auf den Gaza-Streifen vor genau einem Jahr und das Elend der immer noch eingeschlossenen 1,5 Millionen Menschen erinnern, Solidarität mit ihnen zeigen und außerdem große Mengen dringend benötigter Hilfsgüter nach Gaza bringen. Kurz vorher hatte die ägyptische Regierung den Freiheitsmarsch nach Gaza verboten und den Grenzübergang Rafah geschlossen. Sie verbot und behinderte alle Versammlungen und Demonstrationen in Kairo und auch die Fahrt mit Bussen an die Grenze.

Am 30. Dezember erlaubte die ägyptische Regierung etwa 100 Teilnehmenden in zwei Bussen die Reise nach Gaza. Auch ein großer Hilfskonvoi der internationalen Kampagne "Viva Palästina" unter Leitung des britischen Unterhausabgeordneten George Galloway konnte Hilfsgüter und Krankenwagen nach Gaza bringen.

## INTERNATIONAL: Weltkirchenrat ruft zur Aktionswoche auf

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) lädt Mitgliedskirchen und kirchliche Organisationen ein, sich an der Aktionswoche für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel vom 29. Mai bis 4. Juni 2010 zu beteiligen. Alle, die auf einen gerechten Frieden hoffen, seien eingeladen, friedliche Aktionen zu organisieren, um so ein gemeinsames internationales Zeugnis für den Frieden abzulegen.

[www.worldweekforpeace.org](http://www.worldweekforpeace.org)

## INTERNATIONAL:

### Amnesty International gegen Gaza-Blockade

#### "SUFFOCATING: THE GAZA STRIP UNDER ISRAELI BLOCKADE"

ist ein Report über die Auswirkungen der Gaza-Blockade mit einem Aktionsaufruf. Briefe mit der Forderung nach sofortiger Aufhebung der Blockade sollen geschrieben werden an: Shimon Peres President of the State of Israel, The Office of the President 3 Hanassi Street Jerusalem 92188 Israel

Fax: +972 2 561 1033 or +972 2 566 4838 und an Benjamin Netanyahu Prime Minister, Office of the Prime Minister 3 Kaplan Street PO Box 187

## ARGENTINIEN:

### Gefängnisstrafe für Gaza-Demonstranten

Am 12. März 2010 ist der Führer der Convergencia de Izquierda (Vereinigte Linke), Juan Carlos Beica, zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Er war angeklagt "diskriminierende Handlungen gegen einen Teil des jüdischen Volkes" zu befördern... als er, zusammen mit anderen führenden Politikern und Persönlichkeiten, im Januar 2009 Demonstrationen gegen den Krieg der israelischen Armee gegen die Bevölkerung des Gazastreifens organisierte. "Jeder Angriff gegen den Zionismus ist ein Angriff gegen Juden im allgemeinen" und "wer selbst kein Jude ist, darf den Zionismus nicht in Frage stellen", urteilte der zuständige Richter. Gegen das Urteil protestierten u.a. Noam Chomsky, Adolfo Pérez Esquivel, Laura Restrepo, Vilma Ripoll, Luciana Genro, die Vereinigung der Mütter des Platzes der Mairevolution, die Gewerkschaft CTA, sowie alle linken Parteien Argentiniens.

## DEUTSCHLAND: IPPNW-Protest an Merkel wegen Militärerlassen

Die Ärzteorganisation IPPNW appellierte in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich gegenüber der israelischen Regierung für die Rücknahme der Änderungen zweier israelischer Militärverordnungen einzusetzen. Die am 13. April 2010 in Kraft getretenen Regelungen definieren

u.a. den Begriff "Infiltrant" neu. Jedem, der sich ohne "Erlaubnis" in der Westbank aufhält oder lebt, droht die umgehende Ausweisung oder bis zu sieben Jahre Haft. Die friedenspolitische Ärzteorganisation IPPNW befürchtet, dass es im Westjordanland aufgrund der Neuregelungen zu weiteren Verhaftungen und Deportationen von Palästinensern und Palästinenserinnen durch die israelische Armee kommen wird. Die Neuregelungen betreffen z.B. auch Ausländer, die dort geheiratet haben. Weiterhin berührt es Palästinenser, die zum Studium ins Ausland gegangen sind und denen Israel in der Folge ihre Aufenthaltserlaubnis entzogen hat. Und es tangiert diejenigen, die in den 1970er und 1980er Jahren ausgewiesen wurden und später im Zuge der Familienzusammenführung legal zurück gekommen sind.

## DEUTSCHLAND: Städtepartnerschaften

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion verzeichnet drei Partnerschaften von deutschen Gemeinden mit Gemeinden in den Palästinensischen Autonomiegebieten: Jena mit Beit Jala, Köln mit Betlehem und Wiesbaden mit Jericho.

## DEUTSCHLAND:

### Unterstützung für Bil'in

Im fünften Jahr der Freitagsdemonstrationen gegen den Sperrzaun in Bil'in wird auf der vom 21. bis 23. April anberaumten 5. internationalen Bil'in Konferenz das internationale Netzwerk zur Unterstützung der palästinensischen Bewegung des gewaltfreien Widerstands ins Leben gerufen.

Die Bewegung ist gegenwärtig in der Westbank unsäglichen Übergriffen der israelischen Regierung und Armee ausgesetzt. Bil'in und Nil'in wurden für jeden Freitag bis August 2010 zu militärischen Sperrzonen erklärt. Razzien in Häusern und Militäreinsätze in den Dörfern halten an. Die palästinensischen und israelischen Aktivisten vor Ort halten den Widerstand nach wie vor gewaltfrei unter Einsatz ihrer bloßen Körper aufrecht. Viele sitzen wie der Koordinator des Bürgerkomitees Bil'in und Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2008, Abu Rahme seit Monaten in Haft, nicht wenige Minderjährige, nur zum Zweck der erzwungenen Belastung weiterer Aktivisten.

Gegenwärtig braucht der gewaltfreie Widerstand in Palästina jedoch nachhaltigen internationalen Schutz. Seine Erfolge stehen im Visier der israelischen Regierung und Armee. Die Koordinations- und Bürgerkomitees sollen zerschlagen, die gewaltfreie Bewegung zerstört werden. Mehr denn je kommt es deshalb darauf an, Solidarität mit dem zivilgesellschaftlichen Widerstand in Palästina zu demonstrieren und in einen wirksamen Schutz zu überführen.

Kontakt: Internationale Liga für Menschenrechte/KoPI

## DEUTSCHLAND: Bundestag soll Goldstone Report aufgreifen

Die pax christi-Nahostkommission hat die Fraktionen im Deutschen Bundestag aufgefordert, darüber zu informieren, wie sie zu den Forderungen des Europäischen Parlaments zum Goldstone Report stehen und wie sie planen, diese umzusetzen.

## DEUTSCHLAND: Friedensabkommen liegt auf dem Tisch

24 ehemalige deutsche Botschafter haben Ende letzten Jahres Vorschläge verfasst, mit denen Europa zur Wiederbelebung des stagnierenden Friedensprozesses zwischen Israel und Palästinensern beitragen kann.

Deutschland hat sich zum Schutz der Sicherheit Israels als geschichtliches Vermächtnis verpflichtet. Eine wirkliche Sicherheit kann jedoch nur auf politischen Wege hergestellt werden, nicht durch Besetzung und Besiedlung oder das Vertrauen auf militärische Überlegenheit, sondern durch einen Rückzug aus den besetzten Gebieten und eine darauf folgende palästinensische Staatlichkeit.

Die deutschen und europäischen Erklärungen zum Nahostkonflikt sind von beiden Seiten weitgehend ignoriert worden. Ein wesentlicher Grund für ihre Wirkungs-

losigkeit liegt in dem Verzicht, den Konfliktpartnern eine entschlosseneren Gangart bei der Verwirklichung der Zwei-Staatenlösung zu signalisieren. So könnte z.B. die Aufrechterhaltung bestimmter Vergünstigungen oder von Transferleistungen an die eine oder andere Seite, aber auch eine stärkere Annäherung an die Euro-päische Union von konkreten Fortschritten bei der Konfliktbereinigung abhängig gemacht werden. Dieser Grundsatz sollte natürlich auch für die unausweichliche Einbindung der Hamas in den politischen Prozess und für die unerlässliche dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge zum Gaza-streifen gelten.

## GROßBRITANNIEN: Gil Scott-Heron sagt Konzert in Tel Aviv ab

Scott-Heron war eine führende Stimme im Kulturboykott gegen Südafrika und Teil von United Artist Against Apartheid in den 80er Jahren. Seine politischen Lieder prangern Rassismus an. Um so enttäuscht waren seine Fans als er ankündigte, in Tel Aviv ein Konzert geben zu wollen. Seine Fans überzeugten ihn schließlich über eine Facebook Gruppe und hielten Schilder bei seinem Konzert in London hoch. In London gab er schließlich die Absage seines Auftritts in Israel bekannt, u.a. weil er Krieg hasst.

## GROßBRITANNIEN: Hamas von der EU-Terrorliste streichen

Die Palästina Solidaritätskampagne in Großbritannien hat die britischen Mitglieder des Europaparlaments aufgerufen, die Hamas von der Terrorliste der EU zu streichen. Ein Eintrag auf der Terrorliste bedeutet, dass Hamas-Mitglieder keine Einreise in die EU erhalten und es keine Gespräche mit Regierungsvertretern gibt. Die Hamas ging als Wahlsieger aus freien und demokratischen Wahlen im Jahr 2006 hervor.

## PALÄSTINA:

### Initiative zur Unterstützung palästinensischer Bauern

Sharaka ist ein neue palästinensische bäuerliche Konsumenten-Initiative. Mitglieder erhalten wöchentlich eine Gemüsebox. Gemüse, Obst und der Käse kommen direkt von palästinensischen Bauern. Einmal in der Woche werden die vollen Kisten nach Ramallah geliefert. Gemüse und Obst stammt aus Jericho, Käse aus Nablus.

## PALÄSTINA: Israeli und Palästinenser gemeinsam gegen Siedlung

In Ost-Jerusalem haben am 6. März 2010 rund 3000 israelische und palästinensische Demonstranten gegen die Siedlungspolitik Israels in diesem Teil der Stadt protestiert. Die in linken und pazifistischen Gruppen organisierten Demonstranten versammelten sich im Stadtviertel Scheikh Jarrah, schwenkten rote Fahnen und riefen «Nein zur ethnischen Säuberung». Es handelte sich um die seit Jahrzehnten größte Kundgebung gegen die israelische Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem.

Ein massives Aufgebot der Sicherheitskräfte war aufmarschiert, um die Kundgebung zu überwachen. Ursprünglich hatte die Polizei den Protestzug verboten, doch setzten die Organisatoren vor dem Obersten Gerichtshof eine Aufhebung des Verbots durch.

## PALÄSTINA: Hungerstreik von Hamas und Fatah am Tag der Gefangenen

Hamas und Fatah haben im Gazastreifen gemeinsam den Tag der palästinensischen Gefangenen begangen. In Gaza versammelten sich Angehörige Inhaftierter und ausländische Aktivisten zu einem 24stündigen Hungerstreik. Dabei forderten sie die Freilassung von mehr als 7000 Palästinensern aus israelischen Gefängnissen. Die Kundgebung vor einem Gebäude des Roten Kreuzes war die erste gemeinsame Aktion der beiden Palästinenserorganisationen seit der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen 2007.

## SCHWEDEN: Proteste gegen Modekette H&M wegen Israel-Filiale

Nachdem die schwedische Bekleidungs-firma Hennes & Mauritz (H&M) im März 2010 ihre erste Filiale in Israel aufgemacht hat, kam es in Stockholm, Göteborg und Malmö zu Protesten. Als Mannequins im



Military-Look teilten Kritiker der israelischen Besatzungspolitik Flugblätter vor schwedischen Filialen aus. Unter dem Druck der Öffentlichkeit schloss bereits die Sicherheitstechnik-Firma Assa Abloy ihre Fabrik in der Westbank. Und das Transportunternehmen Veolia verlor mit der Stadt Stockholm einen seiner größten Auftraggeber, nachdem bekannt wurde, dass Veolia an der Planung der Jerusalemer Straßenbahn beteiligt war, die durch palästinensisches Gebiet führen soll. Unterdessen eröffnete Ikea eine zweite Filiale in Israel.

## SCHWEIZ: Kampagne gegen Aufnahme Israels in die OECD

Gegen die Aufnahme Israels in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gab es im Vorfeld Bürgerproteste. Mit der Aufnahme werde die Besatzungspolitik Israels belohnt. Die OECD nehme die von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebrachten Belege nicht zur Kenntnis, wenn es darum geht, das Mitgliedschaftsgesuch Israels zu überprüfen. Israel ist, wie alle anderen Staaten, auf die Standards des internationalen Rechts und der universellen Menschenrechte zu verpflichten und hat diese zu respektieren, wenn es als Mitglied der OECD aufgenommen werden will. Denn die Konformität mit dem internationalen Völkerrecht und den Menschenrechten sei eine der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft bei der OECD.

## SPANIEN: Russel Tribunal zu Palästina

Nach dem Vorbild der Russel-Tribunale von 1966/67 zur Untersuchung des Vietnamkrieges und 1974 und 1976 über Lateinamerika fand Anfang März in Barcelona ein Russel Tribunal zu Palästina statt. Kein Staat wagt es, Israel zur Einhaltung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen zu drängen. So hatte sich seit einigen Monaten eine internationale Initiative zusammengefunden, die ein Tribunal zur juristischen Klärung und Aufarbeitung der Völkerrechtsverstöße vorbereitete. Auf der Liste der Unterstützer finden sich Namen wie Boutros Boutros Ghali, Noam Chomsky, Jean Ziegler, Norman Paech und Fanny Michaela Reisin.

Dem Tribunal ging es vor allem darum, die Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der ständigen Verletzung des Völkerrechts durch Israel zu untersuchen. Das Tribunal rügte insbesondere den Waffenexport nach Israel, den israelischen Export von Waren in die EU, die aus den besetzten Gebieten stammen, die Entscheidung der EU, die Partnerschaftsbeziehungen mit Israel aufzuwerten, die Aktivitäten etlicher Firmen aus der EU bei Projekten in den besetzten Gebieten und die fehlende Kritik an der willkürlichen Zerstörung der Infrastruktur während des Gaza-Krieges. Dies alles sind nicht nur politische Fehler, sondern Verstöße gegen das Völkerrecht. Sie verletzen direkt völkerrechtliche Verpflichtungen, deren Einhaltung das Tribunal fordert. Darüber hinaus verlangt es von der EU, dass sie die Resolution ihres Parlaments umsetzt, das EU-Israel-Assoziationsabkommen auszusetzen und den Status der Straflosigkeit, der Israel bis jetzt zuerkannt wurde, zu beenden. Es dringt ferner darauf, die Empfehlungen des Goldstone Reports umzusetzen und insbesondere die Strafverfolgung von Strafdächtige Israelis wie Palästinensern aufzunehmen. Schließlich fordert das Tribunal nicht nur zur Unterstützung und Ausweitung der bereits angelaufenen Boykott- und Sanktionsaktionen gegen Israel auf, sondern verlangt direkt von den Staaten, Israel mit den notwendigen diplomatischen, Handels- und Kultursanktionen zu belegen, um seine Straflosigkeit zu beenden.

## Wichtige Webadressen

<http://www.palaestina-portal.eu>

Wichtigste Adresse für alternative Informationen aus Palästina und für Nachrichten, Kommentare und Hintergrundberichte zum Israel-Palästina Konflikt. Die Meldungen werden mehrmals täglich aktualisiert.

<http://www.kopi-endederbesatzung.de>

Webseite des Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel für ein Ende der Besetzung und einen gerechten Frieden (KoPI) mit aktuellen Informationen zum gewaltfreien Widerstand in Palästina und Aktionen in Deutschland. Im Koordinationskreis wirken folgende bundesweit tätige Organisationen mit: Attac Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Bund für Soziale Verteidigung e.V., Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V., Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft (DPMG e.V.), Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V., Friends of Sabeel Germany, Internationale Liga für Menschenrechte, Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig, IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., ISM-Germany (International Solidarity Movement), Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V., Palästinensische Gemeinde Deutschland (PDG) e. V., pax christi, deutsche Sektion, Vereinigung für Internationale Solidarität e. V.

<http://www.stopthewall.org>

Stop the wall ist ein Zusammenschluss von palästinensischen Organisationen, die Widerstand gegen die Mauer leisten. Diese sehr aktuellen englischen Seiten, die zum Teil ins Deutsche übersetzt sind, bieten Hintergrundmaterial zur Mauer, zu Firmen, die am Mauerbau beteiligt sind und zu den Demonstrationen gegen die Mauer und den Siedlungsbau und zu den Verhaftungen von Menschenrechtsverteidigern.

<http://www.kairopalestine.ps>

Webseite der Verfasser und Verfasserinnen des Kairos-Palästina-Dokuments. Hier kann man das Dokument online unterzeichnen. Hier findet man Stellungnahmen und Reaktionen verschiedener Kirchen auf das Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung in der Ausweglosigkeit. Am 11. Dezember 2009 hatte der "Ökumenische Rat der Kirchen" diesen "Aufruf palästinensischer Christen zur Beendigung der israelischen Besetzung" veröffentlicht.

<http://pchgaza.org>

Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte in Gaza hat Anfang 2010 einen umfangreichen Report über die theoretische Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts in den besetzten Gebieten und seine Verletzungen veröffentlicht. PCHR's Work in the occupied Palestinian territory The Principle and Practice of Universal Jurisdiction.

# Bücher

## Gefängnis Gaza

Bettina Marx, langjährige Hörfunkkorrespondentin der ARD für Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete, hat über Gaza ein Buch vorgelegt, das jeden Leser/in erschauern lässt. Es ist gruselig und unglücklich, was dort zu lesen ist. Der südafrikanische Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu hat den Gaza-Streifen "das größte Freiluftgefängnis der Welt" genannt. Das Gebiet ist hermetisch durch eine monströse Mauer und einen Zaun umgeben. Alle Grenzübergänge sind geschlossen, die Schlüssel dazu haben die Israelis. Der Luftraum wird von israelischen Kampfflugzeugen und Hubschraubern überwacht. An der Küste patrouilliert die israelische Marine.

Der hypermoderne Grenzübergang Erez wurde von der niederländischen Firma Interwand futuristisch und "benutzerfreundliche" entworfen. Das Gesamtkunstwerk wurde auf der Internetseite als transparent und für die Grenzgänger als "eine Verbesserung ihrer täglichen Lebensqualität" bezeichnet. Die Autorin beschreibt die ganze Unmenschlichkeit dieses Übergangs. Die Autorin berichtet über alle Facetten der Geschichte des Gaza-Streifens und das Leben der Bewohner, die größtenteils Flüchtlinge und Vertriebene des 1948er Krieges sind. Trotz des Elends und des Chaos, das die 42-jährige israelische Besatzung den Menschen bereitet hat, haben diese sich noch ihre Menschlichkeit bewahrt. Davon zeugen die zahlreichen beeindruckenden Geschichten. Es ist ein Alltag unter permanentem Ausnahmezustand. Sie lässt aber auch keinen Zweifel aufkommen, wer für sie der Aggressor ist und für das Scheitern der diversen Friedensbemühungen die Verantwortung trägt. Die Bilder, welche die Öffentlichkeit aus dem Gaza-Streifen erreichen, zeigen

immer eine Mixtur aus Gewalt und Fanatismus, Schmutz und Elend. Hinzu kommt das Image der Hamas als Terrororganisation. Dazu haben die zahlreichen Selbstmordattentate ihren Beitrag geleistet und dem Anliegen der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung schwer geschadet. Für eine objektive Berichterstattung werden den Korrespondenten von allen Parteien Knüppel zwischen die Beine geworfen. Die Autorin berichtet von den Einschüchterungsversuchen der Hamas und der Fatah von Mahmoud Abbas gegenüber Journalisten, denen man Sympathien für die jeweils andere Seite unterstellt. Unter Arafat seien die Angriffe auf Journalisten selten gewesen, heute gehören sie zum Alltag.

Eine seltsame Rolle auf israelischer Seite spielte der langjährige Chef des Regierungspresseamtes in Jerusalem, Danny Seaman. Dieser verstand sich als Wächter "israelischer Interessen" und die Journalisten, die er betreuen sollte, "als Feinde, die er bekämpfen oder doch zumindest kontrollieren musste". Die US-amerikanische Wissenschaftlerin Sara Roy hat 1995 ihre Studie "The Gaza Strip. The Political Economy of Dedevelopment" vorgelegt. Sie hat wissenschaftlich nachgewiesen, dass die israelische Besatzungsmacht systematisch die De-Entwicklung dieses Gebietes betrieben hat. Bettina Marx hat eine Lücke auf journalistischem Gebiet geschlossen, indem sie ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nachgekommen ist. Für diese Leistung gebührt ihr Anerkennung, und es ist ihrem Buch eine große Leserschaft zu wünschen.

Ludwig Watzal

Bettina Marx, Gaza.  
*Berichte aus einem Land ohne Hoffnung, Zweitausendundeins, Frankfurt 2009, 350 Seiten, € 19,90*

## Märchenwelt und Politik

Es ist kein Märchen und dennoch für viele eine Märchenwelt: Sari Nusseibeh ist in den besten Kreisen Palästinas aufgewachsen. Er studierte in England und verliebte sich in eine Britin. Sein Jerusalemer Elternhaus war ein politisches und kulturelles Machtzentrum.

Wie er dazu auf Distanz geht und seinen eigenen Weg findet, vom Betreiber des Lemon Tree Kulturcafes in der Jerusalemer Altstadt bis zum intelligenten Widerständler gegen die Besatzungsmacht, beschreibt er in der vorliegenden Autobiografie. Aus dem schüchternen Heranwachsenden, der sich der Politik entziehen wollte und doch oft aktiv eingriff, ist schließlich der Präsident der palästinensischen Al Quds Universität in Jerusalem geworden. Heute ist er der jungen Palästinenser-Generation ein wichtiges Gegenüber und ein vielgefragter Redner auf internationalen Konferenzen.

Das Buch birgt neue, spannende Einsichten in die engsten palästinensischen Machtzirkel hinein. Es zeigt einen mittlerweile 60jährigen palästinensischen Intellektuellen, der zeitlebens im Kontakt mit Juden die andere Seite mitgedacht hat, Fanatismus die Stirn bietet und der Gewalt eine Absage erteilt.

Wiltrud Rösch-Metzler

Sari Nusseibeh mit Anthony David; *Es war einmal ein Land Ein Leben in Palästina, Kunstmann Verlag, 2008, 526 Seiten*



## Palästinensisches Kinderbuch: Spielen hinter der Mauer

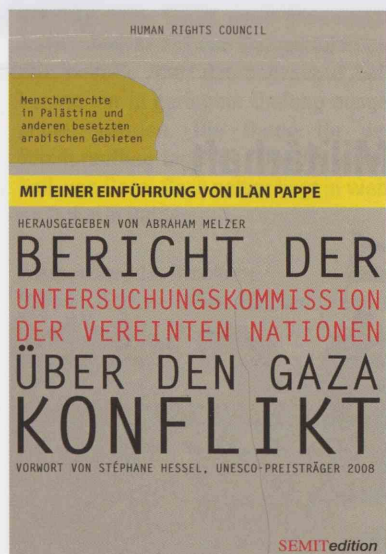
Das Buch handelt von einem kleinen Jungen, der im Flüchtlingslager Aida nahe Betlehem lebt. Seine Welt wird durch den Bau der Mauer noch kleiner, denn das Gelände, auf dem er und seine Freunde spielten, liegt jetzt hinter dieser Mauer. Er bemerkt, wie durch den Bau der Mauer seine Frühlingslandschaft verschwindet und fragt sich, wo er nun Fußball spielen und Blumen pflücken soll. Der kleine Junge fragt sich auch, ob diese neue Mauer zwischen seinem Lager und Jerusalem auch seine Träume aufhalten würde, gerade so, wie sie seinen Vater daran hindert, zur Arbeit zu gehen.

Auf Initiative von Pfarrer Martin Rambow und mit Fördermitteln von verschiedenen deutschen Organisationen veröffentlichte der in Baden-Baden ansässige Verlag Media Tec GmbH dieses palästinensische Kinderbuch in deutsch-arabischer Sprache. Die englisch-arabische und bereits 2005 in Palästina erschienene Originalgeschichte "Der Junge und die Mauer" entstammt aus der Feder der

Jugendlichen im Lajee Center des Flüchtlingslagers Aida.

Vor rund einem Jahr hielt sich Rambow in Rahmen des Ökumenischen Friedensdienstes in Palästina und Israel (ÖFPI) drei Monate in der Westbank auf. Im Rahmen dieses Freiwilligendienstes des Weltkirchenrates für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden werden Menschenrechts- und Völkerrechtsvergehen dokumentiert. Während seines Aufenthaltes pflegte er engen Kontakt mit dem Lajee Center und lernte dort das Bilderbuch kennen. Vor Ort entwickelte er die Idee, dieses ins Deutsche zu übersetzen und fand mit dem Verleger Marduk Buscher einen entsprechenden Ansprechpartner und Unterstützer. Mit Fördermitteln vom "Evangelischen Entwicklungsdienst", "Kyberitas", "Gerechtigkeit durch Teilen e.V.", "Soziale Initiativen in Thüringen" und "Der Einen Welt", kam nun im Januar das Buch auf dem Markt. Die Einnahmen aus dem Verkauf gehen direkt nach Palästina, um dort den Menschen in ihrem Alltag zu helfen.

Das Lajee Center wurde im April 2000 von einer Gruppe von freiwilligen Mitarbeitern aus dem Flüchtlingslager gegründet. Ihnen war es wichtig, dass die nächsten Generationen mehr Entwicklungschancen haben sollten als sie selbst in ihrer eigenen Kindheit besaßen. Die Freiwilligen wollen die Kinder auf ihrem Weg begleiten und sie zur Selbstständigkeit und kritischem Denken erziehen. Das Buch gibt es für fünf Euro direkt beim Verlag Media Tec in Baden-Baden.



## Goldstone Report: atemlose Lektüre

Wenn man weiß, wie die moderne Zivilisation an Klärwerken und an Wasser- und Sanitäreinheiten hängt, kann man den Paragraphen 1248 nicht einfach verdauen, ohne dass uns klar wird: was uns verloren gehen würde und wir entbehren würden, würde es uns in München, Aachen, Köln oder Berlin geschehen: Das Gazaer Klärwerk wurde zwischen dem 3. und 10. Januar getroffen, und einer der Abwasserteiche wurde stark beschädigt.

Abwasserleitungen, die zur Anlage führten wie auch andere Leitungen wurden getroffen oder beschädigt. Bis zu elf Brunnen, sagt der Report, "die Wasser zum menschlichen Gebrauch lieferten", wurden getroffen und drei davon komplett zerstört. Und so geht es weiter: "Tausende Meter Wasser- und Abwasserkanäle bzw. Systeme wurden zerstört oder beschädigt und etwa 5700 Dachwassertanks zerstört und etwa 2900 beschädigt". Das muss man sich vorstellen, in Jahrzehnten eines ausweglosen Besatzungslebens organisieren diese Menschen sich, bauen sich im Gaza Streifen ihre Wassertanks auf den Häusern, das alles wird mit einer Militäroperation zunichte gemacht.

500.000 Palästinenser haben auf dem Höhepunkt des Krieges keinen Zugang zu fließendem Wasser, das wäre wie wenn die Nachrichten des DLF sagen würden: Auf Grund eines Angriffs auf die Wasserversorgung haben 28 Mio Deutsche keinen

Zugang zu fließendem Wasser!

Was mir auffällt: Zum ersten Mal taucht hier wieder mehrfach und immer wieder das von Israel verscheuchte hässliche Wort Besatzung auf. In Paragraph 1263 heißt es deshalb: Viele Probleme der seelischen Gesundheit werden "vermutlich andauern", bis die grundlegenden Ursachen beseitigt sind. "Menschen wachsen auf in einer Gesellschaft unter Besatzung, mit unterbrochenen Episoden der Gewalt und keinerlei Gefühl von Sicherheit oder Normalität." Allein für derlei klare Analyse möchte man den Report von Richard Goldstone begrüßen und hochschätzen.

Die Kritik an der völkerrechtlich nicht hinnehmbaren Besatzung und dem Fehlen von Menschenrechts-Normalität sind der Grundton des Berichtes. Immer wieder weist Goldstone darauf hin: Die Menschen in Gaza wie auch die in anderen Teilen der besetzten palästinensischen Gebiete, "leben seit Jahrzehnten unter fremder Besatzung und müssen die Einschränkungen der von der Besatzungsmacht umgesetzten Politik ertragen". Richard Goldstone weist darauf hin, dass der Krieg das alles verschärft habe. Jedoch würden die Menschen in Gaza schon lange in einer Situation leben, "die nicht als 'normal' bezeichnet werden kann".

Welcher Schrecken würde bei uns ausgelöst, würde bekannt werden, dass unser Boden mit Asbest verseucht ist. Die WHO lässt aber im Goldstone Bericht mitteilen, dass in Gaza ein großer Teil des Schutts mit Asbest verseucht ist "Durch die Beschädigung der Abfallwirtschaft wurde die Wasserschicht kontaminiert." Das System der Krankenhausabfälle sei zudem komplett zusammengebrochen, wodurch auch diese Abfälle in den Hausmüll gelangen würden. Die Goldstone Kommission habe Behauptungen bestätigen müssen, wonach Waffen benutzt wurden, "die chemische Giftstoffe wie Wolfram und weißen Phosphor und damit potentielle Langzeitwirkungen für die Gesundheit der Opfer enthalten".

29 Krankenhäuser wurden durch Bomben beschädigt/zerstört oder durch gepanzerte Fahrzeuge zermalmt und 48 % der 122 Gesundheitseinrichtungen von Gaza wurden direkt oder indirekt von Bomben und

Granaten getroffen. "Medizinische Hilfe und Rettung wurden in vielen Fällen ebenfalls vorsätzlich behindert."

Zwischendurch liest man und es stockt einem der Atem, zumal wenn man sich bewusst macht, wie furchtbar Kriegseinwirkungen auf Kinder und behinderte Menschen sind. Kinder wiesen Anzeichen tiefer Depression, Schlafstörungen und Bettnässen auf. "Die Kommission hörte die Aussage einer Mutter, deren Kinder (zwischen 3 und 16 Jahren) mit ansehen mussten, wie man ihren Vater in ihrem eigenen Haus tötete. Während israelische Soldaten ihre Mutter eindringlich befragten und ihr Haus verwüsteten, fragten die Kinder ihre Mutter, ob man sie auch töten werde.

In § 1287 wird von einer Person berichtet, deren elektrischer Rollstuhl verloren ging, nachdem sein Haus gezielt angegriffen und zerstört worden war. Da die Bewohner nur vor dem bevorstehenden Angriff sehr kurzfristig gewarnt worden waren, "konnte der Rollstuhl nicht geborgen werden, und die Person musste von vier anderen auf einem Plastiksessel an einen sicheren Ort getragen werden".

Richard Goldstone hat sich als südafrikanischer Jude schon während der Apartheidzeit in Südafrika vorbildlich verhalten. Er ist am Boden zerstört, nicht allein durch die Hetz- und Hasskampagnen gegen ihn von Seiten der Regierung in Israel. Er fühlt sich ebenso verlassen von der Vielzahl von Regierungen, die vor ihren Völkern immer behaupten, dass die Menschenrechte und ihre Durchsetzung Vorrang haben vor allen anderen Erwägungen eigener Interessen. Es würde der deutschen Regierung, die mehr als alle in Europa diese Verpflichtung übernommen hat in der Rechtsnachfolge der schlimmsten Verbrechenregierung der Menschheit, gut anstehen, für den großen Richter in Südafrika eine Lanze zu brechen.

Rupert Neudeck

Abraham Melzer (Hg.): *Bericht der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über den Gaza Konflikt. Vorwort von Stéphane Hessel, Einführung von Ilan Pappé. Semit Edition Neu Isenburg, 2010 816 Seiten, € 25,00*

## Grundvoraussetzung: Aufarbeitung der eigenen Geschichte

Jedes Volk muss, auch wenn es schmerzlich ist, seine eigene Geschichte aufarbeiten. Das Buch „Die ethnische Säuberung“ des israelischen Historikers und Politikwissenschaftlers Ilan Pappé ist insofern eine geeignete Lektüre für Israelis und Palästinenser, aber auch für Deutsche. Mit akribischer Recherche und wissenschaftlicher Arbeit räumt Pappé mit der israelischen Leugnung der palästinensischen Vertreibung auf, die von Israel stets als freiwilliger Auszug dargestellt wird. Ebenfalls verdeutlicht er den Palästinensern, ihre „Nakba“ nicht mehr als naturgegebene Katastrophe, sondern ihre Vertreibung eher als ethnische Säuberung zu begreifen. Auch der um mehr Objektivität bemühte mündige deutsche Leser wird mit neuen, bis dahin verleugneten Fakten konfrontiert.

Es ist kaum nachvollziehbar, dass dieses grundlegende Werk in Israel und auch in Deutschland so wenig beachtet wird. Dabei geht Pappé wissenschaftlich vor, befragt Augenzeugen, untersucht Tagebuchauszüge und Dokumente aus Militärarchiven, die bis vor kurzem unter Verschluss gehalten wurden, zeichnet ein Bild der Ereignisse zwischen 1947 und 1948 und widerspricht im Ergebnis seiner Studien der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung. Er weist nach, dass es von Anfang an eine klar umrissene Politik gab, die palästinensische Bevölkerung aufgrund religiöser, ethnischer oder nationaler Herkunft systematisch aus Palästina zu eliminieren. Nach seiner Darstellung umfasst eine solche systematische Säuberung nicht nur Verachtung und Diskriminierung, sondern auch Gewalt und Verletzung von Menschenrechten und Völkerrecht, die billigend in Kauf genommen wurden und werden. Dass diese Tatsachen nun mal Israelis und vor allem Zionisten nicht gefallen, mag verständlich sein. Ist es aber hinnehmbar, dass der öffentliche Druck auf Pappé so enorm steigt, dass er es vorzieht, seinen Wohnsitz aus Sicherheitsgründen von Israel ins Ausland zu verlagern? Und warum wird dieses Buch von den großen Feuilletons

der sonst freien deutschen Presse kaum erwähnt?

Pappé geht chronologisch vor und zeichnet eine rote Linie durch die zionistische Expansionspolitik auf. Er berichtet, dass gerade zwei Monate vor dem Ende der britischen Verwaltung Palästinas im Hauptquartier der zionistischen Untergrundmiliz Hagana in Tel Aviv, eine Runde hochrangiger zionistischer Politiker auf Einladung von David Ben Gurion (erster Ministerpräsident) zusammentraf. Mit dabei sind Politiker und Militärführer wie Yigal Allon (später Außenminister), Moshe Dayan (später Verteidigungs- und Außenminister), Yigael Yadin (später stellvertretender Ministerpräsident), Yitzchak Rabin (später Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger). In einem Masterplan „Plan Delta“ oder (Plan D) wird die systematische Vertreibung der arabischen Bevölkerung verabredet. Es kommt zu Massakern wie im Hirtendorf Deir Yassin oder in Ayn al-Zaytun, bei denen unterschiedlos auf Männer und Frauen, Greise und Kinder geschossen, bei denen auch nachweislich vergewaltigt und geplündert wird. Selbst nach der Gründung des Staates Israel werden 531 palästinensische Dörfer und elf städtische Siedlungen mit Waffengewalt zwangsräumt, was Israel stets abstreitet und als palästinensische Propaganda darstellt. Wer die Vorgehensweisen aller israelischen Regierungen bei der noch tagtäglich stattfindenden Beschlagnahme von Boden und Besitz, bei der Zerstörung von palästinensischen Häusern und beim Bau neuer Kolonien auf illegal besetzten Gebieten und bei der Demütigung von Menschen verstehen will, muss „Die ethnische Säuberung Palästinas“ von Ilan Pappé gelesen haben. Dennoch ist für Pappé die Erkenntnis historischer Wahrheit eine moralische Verpflichtung und eine Grundvoraussetzung für das Ende von Feindseligkeiten sowie eine Chance für eine durchaus mögliche Versöhnung.

Nazih Musharbash

Ilan Pappé - *Die ethnische Säuberung Palästinas 3. Auflage Zweitausendundeins, Frankfurt, 2007, 413 Seiten, € 22,00*

### Kunst

In Jerusalem

In Jerusalem, ich meine innerhalb der alten Mauer,  
Ich laufe von Epoche zu Epoche ohne Erinnerung, die mich leitet.  
Die Propheten teilen sich dort die Geschichte des Heiligen.  
Fahren gen Himmel und kehren zurück mit weniger Mut und mit Trauer,  
Denn Liebe und Frieden sind heilig und werden zur Stadt kommen.  
Ich wandle über einen Hang und denke:  
Wie können die Erzähler unterschiedlich sein,  
Zur Sprache des Lichtes in einem Stein?  
Gehen denn aus einem Stein mit schwachem Licht Kriege aus?  
Ich laufe in meinem Schlaf. Ich starre in meinem Schlaf.  
Ich sehe niemanden hinter mir. Ich sehe niemanden vor mir.  
All dieses Licht für mich? Ich laufe. Ich werde leichter.  
Ich fliege. Dann werde ich ein anderer in der Verklärung.  
Worte wachsen wie Pflanzen aus Jesajas prophetischem Mund:  
„Wenn Ihr nicht glaubt, bleibt Ihr nimmer sicher.“  
Ich laufe als wäre ich ein anderer. Und meine Wunde eine biblische Rose.  
Meine Hände wie zwei Tauben auf einem Kreuz, fliegen und tragen die Erde.  
Ich laufe nicht. Ich fliege. Und ich werde ein anderer in der Verklärung.  
Kein Raum und keine Zeit. Wer bin ich denn?  
Ich bin nicht ich - in der Himmelfahrtszeit. Aber ich denke,  
Nur der Prophet Mohammad sprach klassisches Arabisch.  
Und was ist dann? Was dann? Eine Soldatin schrie plötzlich:  
„Bist Du es schon wieder? Habe ich Dich nicht getötet?“  
Ich sagte: „Du hast mich getötet... und ich vergaß zu sterben, wie Du!“

Mahmoud Darwish (1941-2008)  
Übersetzung: Nazih Musharbash

Die Originalfassung mit der Stimme des Dichters kann man unter  
<http://www.youtube.com/watch?v=Vt5cel8Zg84> hören.

في القدس – محمود درويش

في القدس، أعني داخل السور القديم،  
أسير من زمن إلى زمن بلا ذكرى تصونني.  
فإن الأنبياء هناك يقتسمون تاريخ المقدس.  
يصعدون إلى السماء ويرجعون أقل إحباطاً وحزناً،  
فالمحبة والسلام مقدسان وقادمان إلى المدينة.  
كنت أمشي فوق منحدر و أهجس:  
كيف يختلف الرواة على كلام الضوء في حجر؟  
أمن حجر شحيح الضوء تندلع الحروب؟  
أسير في نومي. أحملق في منامي.  
لا أرى أحدا ورائي. لا أرى أحدا من أمامي.  
كل هذا الضوء لي. أمشي. أخف.  
أطير ثم أصير غيري في التجلي.  
تثبت الكلمات كالأعشاب من قم أشعيا النبوي:  
"إن لم تؤمنوا لن تأمنوا."  
أمشي كأنني واحد غيري. و جرحي وردة بيضاء إنجيلية.  
و يدايا مثل حمامتين على الصليب تحلقان و تحملان الأرض.  
لا أمشي، أطير، أصير غيري في التجلي.  
لا مكان ولا زمان. فمن أنا؟  
أنا لا أنا في حضرة المعراج.  
لكني أفكر: وحده كان النبي محمد يتكلم العربية الفصحى.  
وماذا بعد؟ ماذا بعد؟  
صاحت فجأة جنديّة: "هو أنت ثانية؟ ألم أقتلك؟"  
قلت: "قتلتني... ونسيت، مثلك، أن أموت."

### Humanitäre Hilfe: Spenden für Gesundheitsversorgung

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) sammelt Spenden für ihren Fonds "Humanitäre Hilfe für Palästina". Aus diesem können Bedürftige schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten.

Zwei Fälle, bei denen durch Spenden über die DPG geholfen werden konnte:

Amal ist 14 Jahre alt, ihre Mutter ist 39. Sie hat fünf Kinder und der Mann ist vor zehn Jahren an Krebs gestorben. Amal hatte einen lebensbedrohlichen Gehirntumor, der operiert werden musste. Durch Spenden über die DPG konnte das Mädchen in Jerusalem operiert werden und ist heute ein gesundes, glückliches Kind.

Ein anderer Fall: Die kleine Nawal hatte Probleme mit dem Kiefer. Sie konnte das Essen nicht richtig kauen und auch nicht schlucken. Die Mutter arbeitet als Putzfrau und muss noch für zwei weitere Kinder sorgen. Mit Hilfe der DPG konnte das Mädchen erfolgreich operiert werden.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. "Humanitäre Hilfe", Sparda West e.G., Düsseldorf Konto-Nr. 339210, BLZ 370 605 90 damit wir in Zukunft schneller helfen können.

Viele Grüße aus Berlin  
Ingrid Koschorreck

### Impressum

Herausgeber:  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.  
Postfach 15 04 26; 10666 Berlin;  
dpg@dpg-netz.de

Redaktion:  
Ingrid Koschorreck (Berlin),  
Gisela Siebourg (Berlin),  
Dr. Detlef Griesche (Bremen),  
Nazih Musharbash (Osnabrück),  
Dieter Neuhaus (Frankfurt),  
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)  
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsschluss:  
dieser Ausgabe: 15. April 2010  
nächste Ausgabe: 15. Juli 2010

Satz und Layout:

TS DESIGN  
CORBIESTRASSE 1 • HÖXTER  
TELEFON 05271 959477  
WWW.TSDESIGNMEDIA.DE

Druck:

diebilligdruckerei.de

www.diebilligdruckerei.de

Preis:

Der Bezugspreis für das Palästina-Journal ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Spenden für das Journal bitte an:  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Sparda West e.G., Düsseldorf  
Konto-Nr. 339210  
BLZ 370 605 90

### Brief eines gewaltfreien Menschenrechtsverteidigers in israelischer Militärhaft

Liebe Freundinnen und Unterstützerinnen,

es ist nun zwei Monate her, seit man mich mit Handschellen und verbundenen Augen von Zuhause abgeführt hat. Heute hat das Militärgefängnis Ofer die Nachricht erreicht, dass die Apartheid-Mauer auf dem Land von Bil'in schließlich versetzt wird und der Bau auf einer neuen Route begonnen hat. Dies wird die Hälfte des Landes zurückbringen, das unserem Dorf gestohlen wurde. Für die von uns hier in Ofer, die für ihren Protest gegen die Mauer inhaftiert sind, ist unser Leiden, hier zu sein, durch diesen Sieg etwas leichter zu ertragen. Nachdem wir nun seit fünf Jahren jede Woche aktiven Widerstand gegen den Diebstahl unseres Landes durch die israelische Apartheid-Mauer und die Siedlungen geleistet haben, sehnen wir uns danach, unseren Brüdern und Schwestern zur Seite zu stehen und diesen Sieg und den fünften Jahrestag unseres Kampfes zu begehen.

Ofer ist eine israelische Militärbasis in den besetzten Gebieten, die als Gefängnis und Militärgericht dient. Das Gefängnis ist eine Ansammlung von Zelten, umschlossen von Stacheldraht und einem Elektrozaun. Jede Einheit beinhaltet vier Zelte, 22 Gefangene sind in jedem Zelt. Jetzt im Winter kommen Wind und Regen durch Risse im Zelt und es fehlen uns genügend Decken, Kleidung und anderer Grundbedarf. Essen ist ein kritisches Thema hier in Ofer, es gibt nicht genug. Wir überleben, indem wir Zutaten aus der Gefängniskantine kaufen, die wir in unserem Zelt zubereiten. Wir haben eine kleine Kochplatte, und dies ist auch die einzige Wärmequelle. Diejenigen von uns, deren Familien Geld auf ein Konto einzahlen können, damit wir Essen kaufen können, tun dies, aber viele können es nicht aufbringen. Der positive Aspekt daran ist, dass ich nun kochen gelernt habe! Heute Abend habe ich Falafel und Süßigkeiten gemacht, um die Nach-

richt unseres Sieges zu feiern. Ich kann es nicht erwarten, nach Hause zu kommen und für meine Frau und meine Kinder zu kochen!

Ich wurde in meinen Hausschuhen verhaftet, und bis heute war es meiner Familie nicht möglich, eine Erlaubnis zu bekommen, mich mit einem Paar Schuhe zu versorgen. Nach wiederholten Anfragen habe ich schließlich meine Uhr bekommen. Das ist für mich eine essentielle Möglichkeit, die Orientierung zu behalten. Es war unerträglich, nicht in der Lage zu sein, zu sehen, wie die Zeit vergeht. Als ich sie bekam war ich so überglücklich wie ein Kind, das seine erste Uhr bekommt. Ich kann mir kaum ausmalen, wie es sein wird, wieder ein Paar gute Schuhe zu haben. Wegen unserer Gefangenschaft betrachtet das Militär unsere Familien als eine Sicherheitsbedrohung. Es ist sehr schwer für unsere Frauen, Kinder und erweiterten Familien, uns zu besuchen. Mein Freund Adeeb Abu Rahmah, auch ein politischer Gefangener aus Bil'in, kann keine Besuche von seiner Frau und seinen Töchtern empfangen. Sogar seine Mutter, eine Frau in ihren 80ern, die ständig bei schlechter Gesundheit ist, wird als eine Gefahr für die Sicherheit angesehen. Er hat Angst, sie nicht mehr zu sehen, bevor sie stirbt. Ich bin Lehrer, und vor meiner Verhaftung lehrte ich an einer Privatschule in Birzeit und besaß auch eine Hühnerfarm. Meine Familie musste die Farm mit Einbußen verkaufen, nachdem ich verhaftet wurde. Ich weiß nicht, ob ich meine Stellung an der Schule wiederbekomme, wenn ich freigelassen werde. Adeeb's neunköpfige Familie ist ohne ihren einzigen Versorger, wie viele andere Familien auch. Nicht fähig zu sein, für unsere Lieben zu sorgen, die uns brauchen, ist das Schlimmste hier. Es ist die Unterstützung von meiner Familie und meinen Freunden, die mir hilft, weiter zu machen. Ich bin der palästinensischen Leitung dankbar, die meine Familie kontaktiert hat, den Diplomaten der Euro-



päischen Union und den israelischen Aktivistinnen, die ihre Unterstützung ausgedrückt haben, indem sie bei meiner Anhörung anwesend waren. Die Beziehung, die wir mit den AktivistInnen aufgebaut haben, ist weit über eine Definition von KollegInnen oder FreundInnen hinaus gegangen, wir sind Brüder und Schwestern im Kampf. Ihr seid eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration und Solidarität. Ihr wart mit uns auf Demonstrationen und habt uns bei Anhörungen vor Gericht beigestanden, bei unseren glücklichsten und schmerzhaftesten Ereignissen. Im Gefängnis zu sein hat mir gezeigt, wie viele wahre Freunde ich habe, ich bin so dankbar für Euch alle.

Seit der Einschränkung durch meine Gefangennahme wird es so klar, dass unser Kampf viel größer ist, als nur für Gerechtigkeit für Bil'in oder sogar Palästina. Wir sind beteiligt an einem internationalen Kampf gegen Unterdrückung. Ich weiß, dass das wahr ist, wenn ich mich an Euch alle erinnere, von der ganzen Welt, die Ihr an der Bewegung teilgenommen habt, die Mauer und die Siedlungen zu stoppen. Normale Menschen, aufgebracht über die Besatzung, haben unseren Kampf zu ihrem gemacht und sind uns in Solidarität beigetreten. Wir werden uns sicher zusammentun zu einem Kampf für

Gerechtigkeit an anderen Orten, wenn Palästina endlich frei ist.

Den fünften Jahrestag unseres Kampfes in Bil'in zu verpassen ist wie den Geburtstag einer meiner Kinder zu verpassen. In letzter Zeit denke ich oft an meinen Freund Bassem, dem letztes Jahr während einer gewaltfreien Demonstration das Leben genommen wurde, und wie sehr ich ihn vermisse. Trotz des Schmerzes um seinen Verlust und der Sehnsucht mit meiner Familie und meinen Freundinnen zu Hause zu sein, denke ich, wenn das der Preis ist, den wir für unsere Freiheit bezahlen müssen, dann ist es das wert, und wir würden noch viel mehr zu zahlen bereit sein.

Euer  
Abdallah Abu Rahmah

Aus dem Ofer Militärgefangenenlager

Der mit der Carl-von-Ossietzky Medaille ausgezeichnete gewaltfreie Menschenrechtsaktivist Abdallah Abu Rahmah ist am 10. Dezember 2009 verhaftet worden.

Bildunterschrift

Abdallah Abu Rahmah bei einer Demonstration im Oktober 2008 gegen die Sperranlage in Bilin.